

# Evangelische Verantwortung

## Wozu brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm?

Albrecht Martin

Die Frage ist berechtigt, und eine schlüssige Antwort zu suchen, ist Aufgabe aller Gliederungen der Partei, denen jetzt der Entwurf des Grundsatzprogramms zur Stellungnahme zugegangen ist. Es könnte ja sein, daß eine Mehrheit der Parteimitglieder empfiehlt, den Text des Programms von 1978 unverändert beizubehalten.

Im Gespräch:

Ein neues  
Grundsatzprogramm

Diskussionsentwurf

**CDU**

**1993** soll zu einer intensiven Diskussion des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms genutzt werden, an dem sich nicht nur Parteimitglieder, sondern auch möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen.

Auch die Frage ist berechtigt, ob die CDU überhaupt ein Grundsatzprogramm nötig hat; bekanntlich hat die Partei unter Adenauer Wahlen gewonnen und eine erfolgreiche Politik mit klaren Konturen geprägt – ohne Grundsatzprogramm. Was diese Partei politisch wollte, das war den Wählerinnen und Wählern auch ohne dies klar. Ja, die Frage nach der Notwendigkeit eines solchen Programms ist sogar vom Selbstverständnis der Partei her berechtigt; denn ergibt sich nicht alles aus dem grundlegenden Satz, der im Programm von 1978 wie im Entwurf von 1993 steht. „Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“?

Solange man an dieser grundlegenden Aussage festhält, sind alle weiteren Ausführungen, alle Konkretionen, eigentlich nur Entfaltungen. Es ist daher nicht zufällig, daß die Union lange Zeit mit Wahlprogrammen ausgekommen ist. In den ersten 2 Jahrzehnten nach dem Ende des 2. Weltkrieges, dem Sturz der NS-Herrschaft und der Teilung Europas und unseres Vaterlandes bestand in der Partei und dem Großteil ihrer Wählerschaft auch noch weitgehender Konsens darin, was diese beiden Grundpfeiler – christliches Menschenbild und Verantwortung vor Gott – bedeuteten und welche politischen Konsequenzen sich aus ihnen ergäben: die unverletzliche Würde des Menschen, die sich in Freiheit entfalten soll und durch die Verantwortung für den Mitmenschen – den Nächsten – zugleich gebunden ist; die Notwendigkeit staatli-

cher Ordnung und gesellschaftlicher Regelungen, damit Freiheit in Verantwortung gelebt werden kann; das Verständnis vom Menschen in seiner geschichtlichen Bindung, und d.h. das Ernstnehmen von Volk und Nation und damit die Aufgabe, am Selbstbestimmungsrecht auch des eigenen Volkes festzuhalten und für seine Einheit zu wirken; das Wissen um Grenzen und Fehlbarkeit des Menschen und daraus folgend der Verzicht auf ein Programm der vollkommenen Welt.

### Praktische Gestaltung der Politik

Das alles ist heute so richtig, wie es damals richtig war. Daß die Union 1978 ein Grundsatzprogramm beriet und verabschiedete, machte schon deutlich, daß man die Notwendigkeit sah, die eigenen politischen Vorstellungen von der Grundlage aus weiter zu entfalten und zu erläutern – angesichts der Verhältnisse, wie sie sich in den 70er Jahren darstellten. Jetzt muß das erneut geschehen; denn wer könnte bestreiten, daß die Verhältnisse sich in vielfältiger Weise gewandelt haben und daß wir vor Aufgaben und Herausforderungen stehen, die man in den 70er Jahren nicht kannte.

Ein neues Grundsatzprogramm der Union ist also ganz anders begründet als der bedeutsame Schritt des Godesberger Programms, in dem die deutsche Sozialdemokratie sich weitgehend vom Marxismus abwandte, mit der Anerkennung des christlichen Glaubens als Grundlage politischen Handelns sich dem Christentum und den Kirchen öffnete und die Bedeutung des Marktes als Freiheit sichernde Kraft anerkannte. Das war eine tiefgreifende Änderung, und die innerparteilichen Diskussionen, denen sich die SPD seitdem ausgesetzt sieht, zeigen deutlich, daß die Veränderung der Grundlagen zu einer erheblichen Unsicherheit hinsichtlich des gesamten politischen Kurses der Partei geführt hat.

Nun haben in letzter Zeit namhafte Repräsentanten der katholischen Kirche an die Union die Forderung gerichtet, das C aus ihrem Namen zu streichen, da die Politik der CDU nicht mehr christlichen Grundüberzeugungen entspreche und von gläubigen Christen nicht mehr verantwortet werden könne. Wäre der Vorwurf berechtigt, so wäre der Union in der Tat die geistige Grundlage entzogen; der Vorwurf ist meiner festen Überzeugung nach aber eben nicht berechtigt!

Nachdenklich sollte schon die Tatsache machen, daß jene Repräsentanten der Union, an deren Meinung man Anstoß nimmt, sich selbst als Christen und Glieder ihrer Kirchen verstehen. Vor allem aber gibt zu denken, daß auch innerhalb der Kirchen die Ansichten keineswegs einhellig sind, wenn es um die Antwort auf die Frage geht, wie bei der praktischen Gestaltung der Politik den Geboten der Nächstenliebe und der Wahrung der Menschenwürde am besten entsprochen werden könne.

Was also als Unsicherheit in der Wahrung der christlichen Grundlagen erscheint, das ist in Wahrheit ein Merkmal christlicher Existenz: wenn es richtig ist, daß Gott den Menschen in die Verantwortung gerufen hat, dann kann kein Christ dem anderen Christen das Bemühen absprechen, sich in seinem Handeln an dem Gebot Gottes zu orientieren. Selbstverständlich aber bleibt die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit, die Vorstellungen und Vorhaben der Union auf den verschiedenen politischen Aufgabenfeldern daraufhin zu überprüfen, ob sie den Grundüberzeugungen entsprechen.

Da verantwortliches Handeln immer unter den jeweils gegebenen Voraussetzungen erfolgt, muß gerade der grundsatztreue Politiker von einer genauen Analyse der Gegebenheiten ausgehen. Entscheidungen, die unter bestimmten Voraussetzungen geradezu zwingend sich ergaben, können bei Festhalten an den Grundsätzen, aber angesichts gewandelter Voraussetzungen, verantwortungslos sein!

Nun kann kein Mensch bestreiten, daß sich in den beiden letzten Jahrzehnten die weltpolitische Lage tiefgreifend gewandelt hat, nicht zuletzt die Lage der Bundesrepublik Deutschland; und die CDU hat zu ihrem Teil zu dieser Wandlung beigetragen. Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß weder die Einigung Europas noch die Wiedervereinigung ohne die Politik

der Union den Verlauf genommen hätten, der zum Erfolg führte. Gewandelt hat sich die Gesellschaft der Bundesrepublik, und verändert ist auch, und das ist für eine C-Partei besonders wichtig, die geistige Lage; und auch hier gilt, daß wir alle daran teilhaben, freudig vorantreibend oder auch mißtrauisch zögernd. Jedenfalls zwingt uns das alles zu überlegen, wie wir den neuen Herausforderungen gerecht werden wollen.

### **Neuen Herausforderungen gerecht werden**

Warum wir ein neues Grundsatzprogramm brauchen, macht man sich am besten klar, wenn man fragt, welche Folgen die Veränderung der Lage für unsere Politik hat. Jedes politische Gespräch macht uns deutlich, daß viele Bürgerinnen und Bürger zwar die Veränderung registrieren, daß es ihnen aber schwerfällt, sich eine Vorstellung von dem zu machen, was nun zu tun nötig ist. Nennen wir aus dem Bereich der Außenpolitik zwei Fragen: über 4 Jahrzehnte war es Aufgabe aller deutschen Außenpolitik, die Freiheit der Bundesrepublik zu sichern und die Option für die Wiedervereinigung offenzuhalten. Wer auf die Weltkarte blickte, dem waren Lage und Aufgabe der Bundesrepublik klar; aber was nun? Was bedeutet jetzt „Politik der Friedenssicherung“, was heißt nun, dem Wohl des Deutschen Volkes zu dienen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, wie es der Amtseid des Bundespräsidenten und aller Mitglieder der Bundesregierung fordert?

Oder, um das 2. Beispiel zu nennen, haben wir wirklich schon ein ungebrochenes Verhältnis zur Rolle unserer Streitkräfte gefunden? Es war ja auch ein weiter Weg von einer Bundesrepublik, die alle Streitkräfte ablehnte, über den Beitrag zur Verteidigung gegen gewaltige Armeen, die drohend am eisernen Vorhang aufmarschiert waren, bis hin zu der heute drängenden Frage, ob deutsche Truppen im Rahmen der Friedenssicherung durch die Völkergemeinschaft eingesetzt werden sollten!

Und wie antworten wir auf die Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben? Welche Lösung schlagen wir vor, um mit der Tatsache zurecht zu kommen, daß die Zahl alter und sehr alter Menschen zunimmt und im Verhältnis dazu die Jüngeren weniger werden?

### **Problem Pflegeversicherung**

Man kann das System einer umfassenden Betreuung durch öffentliche Hand und freie Träger entwickeln und der jüngeren Generation den Weg zu einer durch solche Pflege unbelasteten Selbstverwirklichung vorgaukeln. Man kann aber auch versuchen, alle fürsorgenden Kräfte zu stärken, die aus der verwandtschaftlichen Nähe ihre Motivation gewinnen, auch wenn man weiß, daß solche Betreuung vielleicht nicht so perfekt gelingt. Denn zur Familie gehört doch wohl auch das gemeinsame Tragen von Lasten und Belastungen. Und gerade weil das wesensmäßig zur Familie gehört, muß sie entlastet werden. Man hilft ihr nicht, indem man sie auflöst oder zur jederzeitigen Disposition stellt, auch nicht dadurch, daß man die Aufgaben der Institutionen des Staates gibt, sondern dadurch, daß man Lasten tragen hilft.

### **Verständnis von Ehe und Familie**

Von diesem Ansatz her erklärt sich auch die Antwort auf die Frage nach unserem Verständnis von Ehe und Familie. Wer die Ehe nicht schließen will, hat dazu das Recht; kein Vorwurf soll ihn treffen. Aber die rechtliche Gleichstellung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit der Ehe wäre ein Widerspruch in sich und bedeutet in der Konsequenz nicht anderes als die Übertragung aller Risiken auf die Gemeinschaft. Solche Entscheidung mag unpopulär sein und gegen starke Trends unserer Zeit stehen, aber wer das nicht will, der soll Antwort geben auf die Frage, wie er sich eine Gesellschaft vorstellt ohne die personalen Beziehungen von Liebe und Treue, von Fürsorge und Verantwortung. Wenn irgendwo, dann wird in diesem Bereich die Grundsatztreue der Union sichtbar.

Daß in dem Entwurf des Grundsatzprogramms die Aufgabe, die Schöpfung zu bewahren, einen breiten Raum einnimmt, hat zu dem Urteil geführt, die CDU sei „grüner“ geworden. Nichts ist weniger berechtigt, wenn man mit „grün“ eine bestimmte politische Bewegung meint. Der Union geht es darum, die in der Tat neu gesehene Aufgabe, die Umwelt zu schützen, als Bewahrung der Schöpfung ernstzunehmen. Wenn wir die Bewahrung der Schöpfung wollen, dann tun wir es in der Verantwortung vor Gott, dem Schöpfer eben dieser Schöpfung. Das



grenzt uns ab gegen alle Naturschwärmerie und gegen eine Vorstellung von einer Welt, die möglichst vom Menschen unberührt sein soll. Darüber handelt Klaus Töpfer an anderer Stelle ausführlicher.

Die Modernität des Entwurfs besteht nicht zuletzt darin, daß er ganz unbefangen von Kräften spricht, die häufig tabuisiert werden. Er stellt die Frage nach unserem Verständnis von der Nation, gerade angesichts des Zusammenwachsens der Nationen, und

er betont die Notwendigkeit des starken Rechtsstaates, damit die gesellschaftlichen Kräfte in ihrer Vielfalt sich entfalten können und damit der Einzelne in Freiheit verantwortlich sein Leben gestalten kann.

Ich schließe mit einer Bitte: wer zu dem Entwurf des Grundsatzprogramms greift, der sollte nicht nur nach den Abschnitten suchen, die ihn besonders angehen, sondern sollte die Mühe auf sich nehmen und das ganze Programm lesen. Denn dieser Pro-

grammentwurf macht Ernst mit der Forderung, der alle verantwortliche Politik entsprechen muß: die einzelnen Probleme immer im Zusammenhang des ganzen Lebens zu sehen und unter der Kontrolle durch die Grundüberzeugungen zu entscheiden und zu handeln.

**Anm.:** Albrecht Martin, Staatsminister a.D., war von 1984 – 1990 EAK-Bundesvorsitzender und gehört der CDU-Grundsatzprogrammkommission an.

## **Das 'C' im Namen unserer Partei: Verpflichtung, Herausforderung oder Chance für eine dem Menschen gerechte Politik?**

**Dieter Hackler**

Seit der Gründung der CDU ist das 'C' im Namen unserer Partei vielen Zeitgenossen ein Ärgernis. Sie haben die Sorge und erheben den Vorwurf, daß unsere „Partei die Christengemeinde und ihre Botschaft gerade mit ihrer Christlichkeit auf Schritt und Tritt kompromittiert“, wie es der Theologe Karl Barth ausgedrückt hat. Vielen Zeitgenossen ist das 'C' im Namen einer politischen Partei ein Ärgernis, weil wir damit einen moralischen Anspruch stellen, dem wir nicht standhalten können. Weil wir das 'C' im Namen führen, wird uns unterstellt, wir stellen die christliche Lebensgrundhaltung anderer in Frage. Dies ist in keinem Fall unsere Absicht.

Diese Anfragen an unser Selbstverständnis und dieser Ärger über unseren Namen macht deutlich: Wir tragen das 'C' nicht zur Dekoration in unserem Namen. Und wir dürfen das nicht. Das 'C' ist für uns eine Verpflichtung, eine enorme Herausforderung und, wie ich meine, die Chance, ja die einzige Chance, für eine dem Menschen gerechte Politik. Das 'C' ist kein Gütesiegel für unsere Politik. Das 'C' ist vielmehr ein enormer Anspruch an unser Reden und Handeln. Und diesem Anspruch wollen wir nicht ausweichen. Diesem Anspruch wollen wir uns stellen. Das ist der Konsens in unserer Partei und dieser Konsens trägt die Partei. Das 'C' ist der entscheidende Integrationsfaktor für unsere gemeinsame Arbeit. Es steht nicht für eine christliche Politik – die gibt es in der Tat nicht –, sondern für eine Politik, die aus christlicher Verantwortung heraus betrieben wird.

### **Integrationsfaktor für unsere gemeinsame Arbeit**

Was meint das aber? Politik aus christlicher Verantwortung. Was ist christlich? Der katholische Theologe Hans Küng formuliert es so: „Gegen alle, ob gut gemeinte Zerdehnung, Vermengung, Verdrehung und Verletzung des Christlichen sind die Dinge ehrlich beim Namen zu nennen, die Begriffe beim Wort zu nehmen: Das Christentum der Christen soll ja christlich bleiben! das Christentum bleibt jedoch christlich nur dann, wenn es ausdrücklich an den einen Christus gebunden bleibt. Und dieser ist nicht irgendein Prinzip oder eine Intentionalität oder eine Haltung oder ein evolutiver Zielpunkt. Er ist vielmehr eine ganz bestimmte, unverwechselbare und unnauswechselbare Person mit einem ganz bestimmten Namen! Das Christentum läßt sich schon von seinem Namen her nicht in ein namenloses anonymes Christentum einebnen oder aufheben. Das unterscheidend Christliche ist der Christus selbst.“

Christsein bedeutet demnach, „in der Nachfolge Jesu Christi, in der Welt von heute wahrhaft menschlich leben, handeln, leiden und sterben – in Glück und Unglück, Leben und Tod, gehalten von Gott und hilfreich den Menschen.“ In der Nachfolge Christi sehen wir den Menschen neu. Wir sehen ihn als Gottes Geschöpf, als unsere Schwester, als unseren Bruder. Und wir lernen uns selbst kritisch zu sehen. Eben als die, die Utopien nicht verwirklichen können ohne unendliches Leid zu

verursachen und unendliche Schuld auf uns zu nehmen. Wir sehen uns als Menschen mit Schwächen und mit Grenzen. Als Menschen, die obwohl wir das Beste wollen, nur das Beste wollen, doch oft nur Böses bewirken.

### **Dienst am Menschen**

Durch Christus wissen wir um unser Schuldigwerden, um unsere Schuld und um unsere Unvollkommenheit. Dieses Wissen bedeutet keinen Makel der menschlichen Existenz, im Gegenteil, dieses Wissen befreit uns zu sachlichem, ideologiekritischen vernünftigen Handeln. Einem Handeln, das zuerst danach fragt, was dem anderen dient, was Lebensmöglichkeiten eröffnet. Als Christen versuchen wir, die Liebe Gottes, die seiner ganzen Schöpfung, die allen Menschen gilt, wenigstens zeichenhaft weiterzugeben mit unserem Leben. Mit unserem höchstpersönlichen Einsatz für andere. Darum versteht sich die CDU als eine Partei der christlichen Existenz in dieser Gesellschaft, in der Welt. Nicht als eine Partei des ideologischen Dogmatismus. Hermann Ehlers charakterisierte das 'C' im Parteiennamen folgendermaßen:

„Die Menschen leben nicht von der richtigen Theologie – so wichtig sie für Lehre und Verkündigung der Kirche ist –, sondern sie leben davon, daß die Priester und Leviten an der Straße von Jerusalem nach Jericho nicht an dem, der unter die Räuber gefallen ist, vorbeigehen, weil sie gerade mit höchst bedeutsamen theologischen Erwägungen beschäftigt sind.“

Politik aus christlicher Verantwortung, diese Erkenntnis ist das bleibende Verständnis Hermann Ehlers, zeichnet sich durch Nüchternheit, Sachlichkeit und Sachgemäßheit aus. Das 'C' leitet uns an, in der Welt den Realitätssinn nicht zu verlieren. Das

christliche Menschenbild weiß eben um die Unvollkommenheit des Menschen. Politik in der gefallenen und noch nicht erlösten Welt zu gestalten, heißt demnach auch, Kompromisse einzugehen, denn alle menschlichen Ordnungen sind fehlerhaft und deshalb nie absolut zu setzen. Politik aus christlicher Verantwortung betreiben ist Dienst am Menschen. Ein Dienst, der jede Form der Weltflucht verbietet. Aber dieser Dienst ist immer ein Dienst in der Hoffnung des Erlöstwerdens durch Gott. Es ist daher kein quälender, sondern ein fröhlicher Dienst, der allerdings oft auch sehr belastet. Nur diese Belastung gehört zum Menschsein dazu.

Das 'C' in unserem Parteinamen zwingt uns zur Stellungnahme. Wenn individuelle Freiheit und Egozentrik mißverstanden wird, wenn wir in einer Gesellschaft leben, in der nicht Solidarität, sondern Entsolidarisierung zu Schlagworten werden. Besser gesagt,

wenn zwar das Wort Solidarität über die Lippen geht, in Wahrheit aber Entsolidarisierung gemeint ist. Im Zeichen des 'C' kann es richtig sein, Wachstum zu bejahen, aber es stellt sich sofort die Frage: Wozu brauchen wir das Wachstum und was machen wir damit? Im Zeichen des 'C' kann es richtig sein, Wohlstand zu fordern, aber wieviel und für wen muß mitbedacht werden. Im Zeichen des 'C' können wir keine Politik machen, die auf Deutschland beschränkt ist. Im Zeichen des 'C' sind unsere Nachbarn unsere Nächsten. Die Nachbarn in Ost und West, in Nord und Süd. Das 'C' in unserem Parteinamen zwingt uns zu einer ganzheitlichen Politik. Es erlaubt uns keine isolierte Existenz.

## Nicht aufgebbare Identität

Ich sehe das 'C' als die Chance für unsere Partei. Wir können als Christen oder in der Nachfolge Christi gerade in

Zeiten des Umbruchs und den Zeiten der Krise, Orientierung geben, das Wesentliche ansprechen, Problemlösungen aufzeigen, deutlich machen, daß das Heil der Welt nach der Überwindung des Ost-West-Konfliktes keinesfalls angebrochen ist. Für mich bedeutet das 'C' in unserem Parteinamen nicht aufgebbare Identität. Aber dieses 'C' ist kein Besitz, der mir erlaubt, mich ruhig zurückzulehnen. Dieses 'C' bedeutet Verpflichtung, bedeutet: Ständig aktiv sein für die Menschen in meiner Nähe, in meiner Stadt, in meinem Bundesland, in meinem Land, in Europa, Verantwortung tragen für die Menschen in der Welt. So verstanden, kann politische Verantwortung auch Freude bereiten, so lohnt es sich, aktiv zu sein, so brauchen wir auch keine übertriebenen Ängste vor der nächsten Wahl und der Zukunft zu haben.

**Ann.:** Dieter Hacker ist seit 1991 Bundesbeauftragter für den Zivildienst und war viele Jahre Pfarrer an der Kreuzkirche, Bonn.

## Versöhnung von Widersprüchen Anmerkungen zum Thema „Gerechtigkeit“

Angela Merkel

**Gerechtigkeit ist einer der drei Grundwerte der CDU. Er steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem christlichen Menschenbild. Im Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes der CDU heißt es, daß wir den Menschen nicht als das Maß aller Dinge betrachten, sondern als Geschöpf Gottes. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Genau dies ist es, woraus ich und sicher viele andere überhaupt die Kraft schöpfen, politisch tätig zu sein. Ansonsten müßten wir verzweifeln, wenn wir davon ausgehen wollten, daß eine Unfehlbarkeit von uns verlangt würde oder möglich wäre. Dann müßten wir sofort aufgeben, weil wir diesem Anspruch nicht genügen könnten.**

Es ist dabei beruhigend, daß die CDU aus ihrem christlichen Menschenbild heraus feststellt, daß in der Politik alles Handeln, wie jedes andere menschliche Handeln auch, endlich und begrenzt sein wird, daß wir Fehler machen können und auch machen werden. Aber im Rahmen des christlichen Menschenbildes versuchen wir das Mögliche. Mehr wird allerdings auch nicht von uns erwartet.

Eine der wesentlichen Grundlagen des Politikverständnisses der Christlichen Demokratischen Union ist es, daß wir davon ausgehen, in einer Welt von Widersprüchen und Gesellschaften von Widersprüchen zu leben. Politisches Handeln heißt vor diesem Hintergrund, diese Widersprüche aufzulösen oder miteinander in Einklang zu

bringen, sie so zu versöhnen, daß das friedliche Leben auch in diesen Widersprüchen möglich wird. Die Versöhnung von Widersprüchen ist unsere Aufgabe, absolute Gerechtigkeit werden wir aber nicht erreichen.

Voraussetzung der Versöhnung von Widersprüchen, von Gerechtigkeit in diesem Sinne ist, daß Menschen sich frei entfalten und ihre eigenen Lebenschancen wahrnehmen können. In diesem Sinne geht es um eine Politik ausgleichender Gerechtigkeit. Sie erfordert Chancen für jeden.

In unserer heutigen politischen Situation stellt sich beim notwendigen Ausgleich von Widersprüchen nun die Frage, wie es denn zum Beispiel mit dem Verhältnis von Freiheit, die wir für jeden in Anspruch nehmen wollen,

und Verantwortung steht, die mit dieser Freiheit verbunden ist. Der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung muß wieder deutlicher werden, wenn wir dem Ziel der Gerechtigkeit näherkommen wollen.

## Verhältnis von Freiheit und Verantwortung

Der katholische Theologe Oswald von Nell-Breuning hat in seinem gleichnamigen Buch Solidarität Subsidiarität als die „Bausteine der Gesellschaft“ bezeichnet, unter denen Freiheit und Verantwortung lebbar sind. Solidarität und Subsidiarität sind wesentliche Elemente, um überhaupt so etwas wie Gerechtigkeit zu erreichen. Heute scheint mir die Frage, wie weit der einzelne seine Freiheit in Anspruch nehmen darf und wie weit er seine Pflichten zum Wohle des Gemeinsamen eingehen muß, eine der wesentlichen Fragen zu sein, an der sich dann auch das Maß von Gerechtigkeit orientieren wird, das wir erreichen.

Nach dem Krieg gelang es mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft, den Widerspruch zwischen Kapital und Eigentum auf der einen Seite und sozialem Ausgleich auf der anderen Seite miteinander zu versöhnen. Die soziale Marktwirtschaft war das Ergebnis eines bestimmten Menschenbildes.





Bundesministerin Dr. Angela Merkel: Es geht um eine Politik ausgleichender Gerechtigkeit  
Foto: Werner Schüring

Es ist ein Menschenbild, das davon ausgeht, daß der Mensch von sich aus nicht nur gut ist, daß man – anders als im sozialistischen Verständnis vom Menschen – nicht einfach glaubt, mit Hilfe bestimmter Persönlichkeiten oder guter Leitsätze alle Menschen schon auf den rechten und idealen Weg führen zu können. Wie dieses aussieht, habe ich selber erlebt. Beglückungstheorien dieser Art können eine gute und gerechte Gesellschaft nicht aufbauen.

## Ökologische Marktwirtschaft antreiben

Gesellschaftliche Widersprüche zeigen sich heute wieder an anderen Stellen. Ich verweise hier zum Beispiel nur auf die Notwendigkeit einer ökologischen Marktwirtschaft. Wie steht es mit dem Ausgleich des Widerspruchs zwischen Gewinn auf der einen Seite und Schutz der Natur auf der anderen Seite?

Wir haben Ansätze einer Umweltpolitik, die diesen Widerspruch ausgleichen sollen. Es ist aber immer noch nicht vollständig gelungen, Mechanismen zu entwickeln, die uns garantieren, daß das, was wir in dieser Welt machen, nicht zu schwerwiegenden Schäden für die Zukunft führt.

Ein weiteres Beispiel ist der **Nord-Süd-Konflikt**. Wir müssen hier Aufgaben bewältigen, ohne die wir auch unseren Wohlstand in unserem Land

und die Versöhnung bestimmter Widersprüche nicht weiter erreichen können.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Diskussion um das neue **Grundsatzprogramm der CDU** außerordentlich wichtig. Denn genau hier müssen wir versuchen, Antworten auf die neuen Fragen und Probleme zu geben.

Wir müssen dabei zeigen, daß wir wieder lernfähig werden, daß wir auch materielle Vorzüge und unseren Wohlstand an einigen Stellen in Frage stellen. Die deutsche Einheit macht uns deutlich, daß wir nicht auf Dauer mit ganz unterschiedlichen Lebensniveaus in Ost- und Westdeutschland auskommen werden.

Wir müssen zeigen, daß es auch etwas mit mehr Gerechtigkeit zu tun hat, wenn wir bestimmte Abstriche an liebgewonnenen Lebensgewohnheiten vornehmen. Wir dürfen dabei von vornherein nichts tabuisieren. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, daß damit unsere Lebensqualität sinkt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich glaube nämlich nicht, daß durch eine bestimmte Einschränkung, durch einen sparsameren, sinnvolleren und bedächtigeren Umgang mit bestimmten Ressourcen unsere Lebensqualität sofort sinkt. Glück und Zufriedenheit hängen nicht unbedingt mit der Höhe des materiellen Lebensstandards zusammen. Manchmal gewinnt man sogar den Eindruck, Glück und Zufriedenheit werden auf keinen Fall besser

erfahrbar mit höherem Lebensstandard.

## Rahmenbedingungen für eine Gesellschaft schaffen

Heutzutage wird nur zu oft vorausgesetzt, daß Politik und Parteien beinahe für das ganze Leben verantwortlich sind. Politik kann und soll keine Antworten auf den Sinn des Lebens geben. Politik kann auch keine Antwort auf das Glück des einzelnen geben. Politik muß vielmehr deutlich machen, daß sie Rahmenbedingungen einer Gesellschaft schaffen kann und muß, die eine Möglichkeit bieten, die Freiheit des Individuums zu verwirklichen. Wir können aber den einzelnen nicht zum Glück in seinem Leben verhelfen. Gerechtigkeit, die durch Politik hervorgebracht wird, muß immer eine eingeschränkte Gerechtigkeit bleiben.

Genau deshalb ist Gerechtigkeit in der Welt nicht etwa ausschließlich durch die Politik oder durch eine Partei zu schaffen, sondern Gerechtigkeit ist eine Frage, die jeden einzelnen in seinem Leben angeht. Dabei stellt sich für jeden einzelnen die Frage, wieviel er für seine eigene Freiheit tun kann und welchen Anteil er für die Gemeinschaft erbringen muß. Gerechtigkeit in diesem Sinne erfordert dann auch die Beweglichkeit einer Gesellschaft und die **Bereitschaft zur Veränderung**. Genau hier stelle ich in der Bundesrepublik Deutschland Defizite fest, die gerade im Zusammenhang mit der deutschen Einheit offenkundig werden.

Ich habe den Eindruck, daß sich unsere Gesellschaft an die Aufteilung und Verteilung der Ansprüche und Rechte aller Gruppen gewöhnt hat. Daraus entsteht oft die mangelnde Bereitschaft, von überkommenen Ansprüchen und Besitzständen abzurücken. Vielmehr scheint sich eine Haltung breitzumachen, die die Gestaltung dieser Gesellschaft nur darin sieht, daß mehr Wachstum erzielt wird, daß jede Gruppe in dem fein aufgeteilten Handlungsspielraum ein bißchen mehr Verteilungszuwachs erhält.

Als ich in voller Überzeugung dem Artikel 3 des Grundgesetzes beigetreten bin, habe ich dieses getan in dem Bewußtsein, daß ich jetzt in eine bewegliche Gesellschaft hineinkomme, die fähig ist zur Veränderung und Flexibilität. Ich habe die DDR immer als etwas sehr Starres erlebt, in der im



Grunde nur irgendein Zentrum, das mir persönlich sehr fernstand, über die Verteilung der Ressourcen entschieden hat. Ich habe das System der Bundesrepublik Deutschland als ein System erwartet, das auf die äußeren Erfordernisse und Ausgangsbedingungen flexibel reagiert. Aber heute muß ich feststellen, daß sich diese Beweglichkeit nicht selten in Grenzen hält.

Dies ist mir zum Beispiel als Jugendministerin besonders im Zusammenhang mit der Vereinigung der Jugendgruppen und Jugendorganisationen aufgefallen. Wer zum Beispiel dem Deutschen Bundesjugendring beitreten wollte, mußte sich bestimmten Bedingungen anpassen, unter denen dieser Beitritt möglich ist. Unerläßliche Voraussetzung ist hier, daß in mindestens sechs Bundesländern ein Landesverband gegründet wird. So müssen Jugendliche aus den neuen Bundesländern, die z.B. in Sachsen und Thüringen eine Jugendorganisation ins Leben gerufen hatten, dies aber nicht in sechs Bundesländern erreichten, zunächst einmal darauf hinarbeiten, in den geforderten sechs Bundesländern einen Landesverband zu gründen, ansonsten könnten sie dem Deutschen Bundesjugendring nicht beitreten. Natürlich ist dies dann kaum einer Gruppe gelungen, allenfalls, wenn sie sich jetzt mit einer der schon bestehenden Organisationen vereinigt.

Dieses Beispiel zeigt mir, daß die deutsche Einheit ein sehr wichtiger Prüfstein sein kann, der Bundesrepublik Deutschland insgesamt wieder mehr Beweglichkeit zu verschaffen und damit auch vielleicht wieder mehr Gerechtigkeit. Die deutsche Einheit beschert uns derart viele neue Widersprüche, daß wir alte Mechanismen überprüfen müssen. Deshalb ist die **deutsche Einheit auch eine ungeheure Chance für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt**. Es geht dann nicht einfach nur um eine Belastung z.B. beim wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands, schon gar nicht um eine Belastung, die man ausschließlich auf finanzielle Transferleistungen reduzieren kann.

In der Bundesrepublik Deutschland, vor allem in den alten Bundesländern, hätte sich über kurz oder lang auch ohne die deutsche Einheit die Notwendigkeit von mehr Beweglichkeit und Lernfähigkeit gezeigt, schon allein durch die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes. Auch Westdeutschen muß klar werden, daß wir durch die deutsche Einheit nun die

große Chance bekommen, wieder neu zu lernen, auf veränderte Anforderungen reagieren zu können. Wir haben gleichzeitig natürlich den Zwang, bestimmte Probleme zu lösen, die uns dann auch wieder zu mehr Gerechtigkeit führen.

Das Streben einer Partei nach Gerechtigkeit ist notwendig, eine Gesellschaft insgesamt wird aber nur dann als gerecht empfunden, wenn **alle** dabei **ihre Verantwortung wahrnehmen**. Wir

dürfen die Verantwortung nicht einfach an Politiker und Parteien und andere Instanzen delegieren und die Freiheit nur auf uns Bürger beziehen. Das wäre eine Arbeitsteilung, die mit Demokratie aus meiner Sicht unverträglich ist.

Ann. Auszug aus einem Vortrag im Rahmen der Begegnungstagung des EAK Niedersachsen: „Gerechtigkeit und Rechtfertigung in einer ungerechten Welt“ in Hermannsburg.

## „Der schwierige Weg von der Wahrheit zur Versöhnung – eine Zwischenbilanz“

**Gesprächsabend mit dem Stasi-Beauftragten, Pfarrer Joachim Gauck, die Gesprächsleitung hatte Dr. Helmut Herles, Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers, im Februar in Bonn.**

*Dr. Helmut Herles:*

**Wie verstehen Sie Ihre Aufgabe? Wann beenden Sie sie? Wer hat Sie für diese Aufgabe bestimmt? Wie lange dauert es bei Ihnen, bis man zu einer Antwort kommt? Wieviel Prozent der vielen, vielen Eingaben und Fragen dieses ungeheuren Konvoluts von Papier, bei dem ich mich scheue von einem Aktenberg zu sprechen, denn seit wann können denn Denunzianten Akten anlegen, wann ist das alles abgewickelt?**

*Pfarrer Joachim Gauck:*

Ich beginne mit der ersten Frage: Wie verstehe ich den Auftrag, den ich habe. Nun, ich bin Amtsträger in einem Amt, das der Gesetzgeber, der Deutsche Bundestag, beschrieben hat in einem Gesetzeswerk, das sich Stasi-Unterlagengesetz nennt. Die Aufgaben, die dort enthalten sind, sind freilich Dinge, die mehr beinhalten als nur das Manageing eines komplizierten Erinnerungs- oder Ausleseverfahrens oder auch Erziehungsprozesses. Verschiedene Elemente sind aufgehoben in diesem Gesetzeswerk. Aufgehoben aus dem Veränderungswillen von Demokraten aller politischer Lager. Und insofern fällt mir die Frage schwer, zu beantworten, wie ich diesen Auftrag verstehe. Ich habe zu einem Punkt gesagt, ich bin Amtsträger. Das heißt, ich bin dem Recht der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, insbesondere, wie es in dem genannten Gesetz formuliert worden ist. Dazu gehört nun, daß ich eine Vergangenheit habe, die Sie ganz kurz angedeutet haben, als Sie meine Herkunft beschrieben haben.

Ich darf Sie erinnern an die unruhigen, im Osten jedenfalls unruhigen Zeiten des Herbstes '89 und des Winters '90. Damals sind in den größeren und kleineren Städten – ich nenne einmal als eine Stadt für alle Plauen im Vogtland –, Menschen auf die Straße gegangen und haben ihrem Unwillen über die Zustände Luft gemacht.

In den großen Städten gab es bei den Großdemonstrationen eigentlich einen „Pflichtbesuch“ der Demonstrierer. In meiner Heimatstadt Rostock war dies jedenfalls so und dieser Pflichtbesuch führte uns vor die Stasi-Hauptquartiere. Vor diesen Gebäuden konnten wir ohne lange intellektuelle Diskussion deutlich machen, daß wir in einem Lande lebten, das angeblich real-sozialistisch war, in Wirklichkeit aber, das zeigten diese Gebäude und ihre Bewohner, Strukturen des Stalinismus überleben ließ. Vor diesen Gebäuden riefen die Protestierer „Stasi in die Produktion“.

Sie brachten damit zum Ausdruck, daß die Demokratie von der sie träumten, nicht eine sein müsse, die ein solches Repressionsinstrumentarium brauche. Sie wollten, daß die, die dort drin waren, gänzlich in andere Bereiche der Öffentlichkeit hineintreten sollten. Sie riefen nicht, wie 1956 in Ungarn, „Stasi an den Galgen“, sie riefen auch nicht, was auch denkbar wäre, „Stasi in den Knast oder in's Ghetto“, sie riefen, „Stasi in die Produktion“. Sie wollten also diese Menschen dadurch bessern und ihnen dadurch eine Perspektive geben, daß sie sie in die Mitte des Volkes zurückholten.



Gleichzeitig äußerten die Menschen, die damals protestierten, daß sie ihre Hand auf die schriftliche Hinterlassenschaft legen wollten. Das Herrschaftswissen sollte in Hände und Köpfe des Volkes. Modrow hatte anderes vor mit alledem. Er wollte aus der Personage einen gewendeten Dienst machen und er wollte natürlich, daß die, die dann drin blieben, auch die Unterlagen weiternutzten.

Das Volk wollte es anders. Es wollte erstens, daß das Vernichtungswerk aufhörte und zweitens damit umgehen. Wie? Erstens, daß jeder wissen sollte, was steht in diesen Akten über mich. Zweitens, daß man politisch mit diesem Wissen arbeiten sollte. Das heißt, man wollte verhindern, daß Personen, die sich in Position der Begünstigung gebracht hatten, dadurch, daß sie mit Stasi zusammengearbeitet hatten, diese Begünstigung fortleben konnten. Politische Aufarbeitung durch Überprüfung: Drittens, juristische Aufarbeitung. Es sollte möglich sein, Strafverfolgung und Rehabilitierung mit Hilfe dieser Akten zu veranstalten. Und letztlich wollte man ein unklares Vermuten über das Funktionieren des Unrechtsregimes durch Wissen ersetzen.

Man hatte einen Aufklärungsbedarf ausgemacht, publizistische Arbeit und zeitgeschichtliche Forschung sollten mit dem Material umgehen können. Diese Dinge wurden dann in die Volkskammer übertragen und in einem fraktionsübergreifenden Bemühen hat die Volkskammer am 24. August 1990 ein Gesetz erlassen, das die Öffnung der Hinterlassenschaft der Staatssicherheit und die Auflösung aller dieser Strukturen beschlossen hat. Ich hatte damals als Abgeordneter von Bündnis '90 die Aufgabe, einen Kontrollausschuß zu leiten, der die Auflösung der Stasi vom Parlament her zu kontrollieren hatte. Aus dieser Arbeit heraus bin ich dann aufgefördert worden, in der Einigungsvertragsverhandlung den Willen des Parlaments durchzusetzen.

Der neue Bundestag erhielt die Empfehlung, in einem Zusatzprotokoll die Regelungen, die Grundlagen des Volkskammergesetzes waren, in Geltung zu setzen. Dies hat er getan und ich habe dabei mitgewirkt, einmal als Abgeordneter, später nach meiner Berufung durch den Bundespräsidenten, Kanzler und Innenminister, durch die Fachberatung im Innenministerium und im Parlament. Im Grunde genommen mußte ich ein bißchen ausholen, um zu beschreiben, wie ich meine



**Pfarrer Joachim Gauck: Versöhnung ist die Frucht eines Wachstumsprozesses.**

*Foto: Jürgen Pätow, Generalanzeiger*

Aufgabe verstehe. Da ist einmal die politische Herkunft dieses Demokratisierungswillens, die ich nennen muß, da ist die Facharbeit am Gesetzestext, das Einbringen von Erfahrungen, die wir gewonnen hatten in der Zeit der demokratischen DDR und in der Zeit der Geltung des Einigungsvertrages zusammen zu nennen.

Also wenn Sie wollen, ist das die Aufgabe eines jeden normalen Demokraten, die ich wahrnehme. Das ist eine Spezialaufgabe der Herstellung einer gesetzlichen Wirklichkeit, die innovativ auf eine neue Situation hin etwas Angemessenes auf den Tisch des Hauses legt. Es ist dann ein ganz normaler beamtenmäßiger Vollzug einer gefundenen Ordnung. Beendet sein wird das, was wir tun, noch lange nicht. Wir haben für weit über 1,75 Mio. Menschen zu arbeiten. Davon sind weit über 1 Mio. Überprüfungsanliegen, Zuarbeit für Gerichte und Staatsanwaltschaften und ungefähr 600.000 Anträge von Bürgern auf Akteneinsicht zu bearbeiten. Das alles mit einer Mitarbeiterschaft von jetzt gut 3.000 Personen, Zielvorstellung 3.406. Prognostisch errechnet hatten wir einen Auftragseingang von 70.000 pro Monat. Das Jahr hat uns gelehrt, daß wir weit darüber liegen. Allein die Herstellung der archivarischen Ord-

nung bei den rund 180 km Schriftgut, die wir übernommen haben, wird noch Jahre erfordern.

Wir haben jetzt zwar im personenbezogenen Bereich Zugriff zu den meisten Unterlagen wenigstens insoweit, als wir wissen, wo das Planquadrat liegt, wo wir bei Müller dann suchen müssen. Einiges ist auch schon in der richtigen archivischen Ordnung, aber allein die Ordnungsmaßnahmen werden noch Jahre dauern und dann die Abarbeitung der schon vorhandenen und der noch eingehenden Anträge. Und wenn diese Überprüfungen vielleicht gar nicht mehr laufen oder Strafverfahren, dann wird es immer noch den Wunsch von Bürgern oder deren Kindern geben, Akteneinsicht zu nehmen und es wird die Zuarbeit für die zeitgeschichtliche Forschung geben. Das wird dann nachher eine Schwerpunktverlagerung sein.

*Dr. Helmut Herles:*

**Herr Gauck, in unserer Demokratie ist jeder Auftrag, jedes Amt mit Zeit verbunden. Wie lange ist Ihr Amt befristet und wäre nicht das, was Sie eben alles gesagt haben, ebenso denkbar, wenn es doch in das Bundesarchiv Koblenz gegangen wäre und wenn vor allen Dingen die Justiz es in die Hände**

**bekäme, die die großen Täter herausarbeiten müßte. Bei uns hat man doch im Volk weitgehend den Eindruck: die Großen läßt man laufen, die sitzen in Chile oder im Amt und die vielen Kleinen bekämpfen sich gegenseitig und die Stasi feiert Spät-Triumphe. Es ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Die Gesellschaft der Bundesrepublik zerreibt sich selbst, wenigstens in einem Teil ihrer intellektuellen Elite und in der kirchlichen Elite, wer war Stasi und wer war nicht Stasi. Wäre es nicht doch besser gewesen, Amnestie, Archiv und aber dann eine sehr strenge rechtsstaatliche Verfolgung, wie Salzgitter es vorgesehen hatte, der eigentlichen Täter?**

*Pfarrer Joachim Gauck:*

... Bei uns werden Prioritäten vergeben, die unter anderem darin bestehen, daß wir Menschen, die ein gewisses Lebensalter haben, bevorzugen. Dann solche Menschen, die im Gefängnis gesessen haben, oder die in anderer Weise massiven Repressionen ausgesetzt sind. Einem, der aktuell in der Presse als IM bezeichnet wird, wird schon das Recht eingeräumt, bei uns dann auch prioritär Einsicht und dann Auskunft zu bekommen.

Aber die ganze Prioritätensetzung nützt nichts, weil diejenigen, die die Prioritäten beantragen, auch in einem durchaus harten Wettbewerb zueinander stehen. Die Staatsanwaltschaften zum Beispiel finden, daß es das Allerwichtigste ist, daß sie vorrangig bearbeitet werden. Ein Bürger, der im Gefängnis gesessen hat, wird das aber gar nicht akzeptieren. Er findet, mein Antrag ist der wichtige. Das waren schlimme Jahre, Herr Gauck! schrieb mir neulich einer, als er sich beschwerte, daß er, obwohl er sieben Jahre im Gefängnis gesessen hat, noch seine Akten nicht gesehen hat. Und irgendwelche Fuzzis, die bloß in der Öffentlichkeit bekannt sind, die schreiben die Zeitungen voll. Die haben seiner Meinung nach keine Ahnung. Es mag zum Teil stimmen, zum Teil nicht. Dieser Mann hat für sich recht und er kämpft natürlich mit anderen, die Prioritäten haben wollen. Das sind zum Beispiel Landtage oder Stadtverordnetenversammlungen oder der Deutsche Bundestag oder die Mitarbeiter in den obersten Landesbehörden. Aber die Strafvollzugsbeamten, sagen dann andere oder die Volkspolizisten, die jetzt Polizisten sind oder die Lehrer, sagen die Kultusminister, aber

das müssen Sie doch einsehen, Herr Gauck, Sie hatten doch einmal selber Kinder im Osten. Ja, alles kann man eigentlich einsehen.

Dennoch hat man dann nur die Leute, die wir hatten und wir waren eine Behörde, die sich dann von 600 auf fast 3.000 aufgebaut hat innerhalb eines Jahres. Wer sich einmal mit diesen Dingen befaßt hat weiß, was Personaleinstellung bedeutet. Das sind ungeheure Dinge und alles mit Leuten, die das eigentlich nicht gelernt haben, mit ein paar abgeordneten Beamten. Also, da ist während des Aufbaus unglaublich viel Arbeit getan, 400.000 Anträge haben wir abschließend erledigt. Das kann man alles vorzeigen und wenn wir fair beurteilt werden, dann kann man durchaus sagen, da ist was geleistet worden.

... Jetzt komme ich noch einmal zu Ihrer Frage: Ist das richtig gewesen, daß wir diese Spezialregelung geschaffen haben? Zunächst einmal, warum hat das nicht einfach das Bundesarchiv bekommen? Das war zunächst so vorgesehen. Einmal hätte das im Osten keine Akzeptanz gefunden. Es gab kein politisches Lager, das dies gestützt hätte.

Die Absicht, den Präsidenten des Bundesarchivs zum Sonderbeauftragten zu machen, war im letzten frei gewählten Parlament nicht durchsetzbar. Hier meinte man, das soll doch einer machen, den das ostdeutsche Parlament dazu beauftragt hat. So ist es dann auch gekommen. Dann wollten die Leute nichts von Koblenz hören. Die haben ja auch keine Ahnung gehabt, sondern sie haben gesagt: Wir haben gerade die Hand auf diese Dinge gelegt und schon soll es weg sein. Und was heißt, weg? Das hieß damals noch 30jährige Sperre für personenbezogene Daten. Das war ein Essential des Archivrechtes. Es würde auch heißen, daß das Datenrecht im Grunde genommen nicht modifiziert angewendet würde für diese Hinterlassenschaft des Geheimdienstes. So gesehen, würde aber Datenschutz Täterschutz bedeuten.

Deshalb hat sich die Volkskammer entschlossen, eine spezielle gesetzliche Regelung zu schaffen und der Deutsche Bundestag war gut beraten, dies zu tun. So ist es dazu gekommen, daß sich politische Grundsatzforderungen des Ostens und, ich würde auch sagen, ein sehr modernes Rechtsverständnis des Westens verbündet haben in der Fachdebatte zum Bundestag und hier innovativ etwas geschaffen haben, was

sonst gar nicht vorkommt. Wir haben im Verlauf der deutschen Einigung fast ausschließlich hier gewachsenes Recht übernommen. Das macht für weite Strecken der Rechtsordnung sehr viel Sinn. Aber es gibt Bereiche, wo es sehr fraglich ist, ob es Sinn macht und die pure schematische Anwendung des Archivrechtes oder des Datenrechtes für diesen Bereich hätte sehr wenig Sinn gemacht. Darum ist diese spezialgesetzliche Regelung erfolgt. Eingeflossen bei dieser Regelung, die so weit geht, daß sogar der Betroffene die Klarnamen seiner Spitzel erfährt.

Was das Volkskammergesetz noch nicht zuließ, ist eine Grundüberzeugung, für die wir in Deutschland kein eigenes Gesetz haben, aber die doch gilt seit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes. Es ist die Überzeugung, daß jeder Deutsche ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat. Mit diesem Rechtsgedanken haben sich die Innen- und Rechtspolitiker in ihrer Sorge um den inneren Frieden auseinandergesetzt und sie haben sich die Frage vorgelegt: Ist es richtig, daß wir zum Erhalt des inneren Friedens praktisch den Bürger etwas entmündigen, aus Sorge, daß er mit den komplizierten und angriffigen Details nicht fertig werden kann, zu sagen „wir wollen nicht, daß du soviel weißt lieber Bürger, aus Sorge um den inneren Frieden“. Oder geht das in einem Land nicht, das zwar keinen 'freedom of information act' hat wie die Staaten, aber dieses Urteil? Muß man nicht davon ausgehen, daß der Bürger Subjekt bleibt, daß er also selbstbestimmt entscheidet: Ich will Rache, ich will Strafverfolgung, ich will Vergebung oder ich will auch gar nichts wissen.

Hier hat sich der Gesetzgeber entschlossen, diese Subjektwerdung des Bürgers zu akzeptieren und davon auszugehen, daß er Abstand halten kann von Selbstjustiz und die Rechtsordnung achtet. Im Gegensatz zu Diestel etwa und gelegentlich auch de Maijere, habe ich zu jeder Zeit, auch als Abgeordneter gesagt, dieses Volk, das in dieser Weise die Revolution gemacht hat, wo trotz großer Wut ja keinem ein Haar gekrümmt ist, wird auch diese schwierige Phase der Diskussion ohne Selbstjustiz durchstehen. Und all' das Gerede von Mord und Totschlag nach Aktenöffnung hat nicht gegriffen. Wir erleben zwar eine durchaus kontroverse Debatte, aber sie ist Teil einer Krise, deren Ausbleiben ein schlimmeres Krankheitszei-



chen ist als das Eintreten derselben. Sie nämlich zeigt uns, daß es nicht normal ist, unter einer Diktatur zu leben und daß diejenigen, die sich freiwillig oder unfreiwillig unter einer Diktatur haben lassen oder gelebt haben, daß diese nur unter Schmerzen und mit Anstrengungen Abschied nehmen können von den Gefühlen von Entfremdung, Unterdrückung und Unfreiheit.

Die Vorstellung, daß von jahrzehntelanger Diktatur Abschied zu nehmen wäre mit einem gefälligen keep smiling, ist eine gefährliche Blüte eines intellektuellen Irrgartens. Aus diesem Grunde sage ich all' denen ein entschiedenes Veto, die weit entfernt vom Schmerz, wie etwa Golo Mann sagen: „Ach, sollten wir doch jetzt nicht vielleicht Schluß machen.“ Ja, es ist immer gut, die Leiden und Schmerzen anderer mit einer gefälligen Vergebungsbereitschaft auszustatten. Aber irgendwo stimmt das natürlich überhaupt nicht.

Deshalb sind wir mit Entschlossenheit zu Werke gegangen, als wird gesagt haben: Wir kalkulieren eine Krise ein, denn diese Krise ist der authentische Weg zu einer Form von innerem Frieden, den man eben nicht kommandieren kann, sondern der wachsen muß. Und innerer Friede wächst nur, wie jeder Konsens nur wächst, wenn es eine Phase des Dissenses gegeben hat. Und sowohl die etwas verfettete Gesellschaft des freien Westens als auch die dissensunfähige Gesellschaft des Ostens haben zu begreifen, daß die Frucht des Dissenses der Konsens ist, die Versöhnung die Frucht eines Wachstumsprozesses und nicht eines Kommandovorgangs ist.

Darum auch war nun keinesfalls die Variante zu wählen, daß im Grunde alles, was es an Unrecht und Entfremdung gegeben hat, nur auf der Schiene der strafrechtlichen Aufarbeitung zu bearbeiten wäre. Die Arbeit an der Vergangenheit kann keinesfalls nur den Juristen überlassen werden. Das wäre im Grunde die sicherste Prognose des Scheiterns einer Aufarbeitung. Das ist auch nicht Aufgabe der Rechtsprechung und der Strafverfolgung, sondern es kann immer nur Teilaufgabe von Rechtsuche und Rechtswirklichkeit sein, die Straftatbestände zu erforschen und ihnen zu begegnen mit Urteil und Strafe bzw. Freispruch.

Viele der Lebensprozesse haben sich auf einem anderen Niveau abgespielt, werden von diesem Raster nicht er-

faßt. Und darum war es ganz wichtig, daß die Informationsvermittlung, aber auch die Möglichkeit der persönlichen Erinnerung in Form von Wiederbegegnung mit Schriftstücken ermöglicht wird. Hier hat der Gesetzgeber Respekt gehabt vor gebrochenen Biographien und übrigens auch vor dem, der als Täter oder Mittäter einen Anspruch darauf hat, Ordnung in sein Leben zu bringen. Auch aus diesem Personenkreis wünschen ja Leute ihrer Vergangenheit zu begegnen.

Vor der Wahrheit kommt die Wahrnehmung der vielen einzelnen Entfremdungsprozesse. Und ich wünschte mir, daß in unseren Redaktionen mehr recherchiert und dann kommentiert wird, als daß man den Kommentar und damit die Wahrheit schon hat und notfalls, wenn man angegriffen wird, man ein bißchen mit der Recherche nachhilft. Das haut so nicht hin. Also, diese Auseinandersetzungsprozesse sind Teil eines Gesundungsprozesses, und bei Gesundungsprozessen gibt es auch Schmerzen.

Darum war auch der Gedanke einer voreiligen Amnestie von sehr respektablen Leuten ins Feld geführt, zum Beispiel vom Generalbundesanwalt. Dem war vom Osten her mit äußerster Distanz zu begegnen. Ich bin schon, weil ich Christ bin, für einen amnestiebereiten Staat und ich erkenne sehr wohl die Grenzen von Urteil und Strafe. Aber bevor ich amnestiere muß ich doch wissen, was ich amnestiere. Ich kann mich doch nicht einfach vor die Öffentlichkeit hinstellen wie ein Friedensengel und sagen, ach, liebe Schwestern und Brüder, es ist ja schön, daß ihr alle da seid und nun wollen wir mal recht amnestie- und vergebungsfreudig sein. Ich möchte, daß diese Worte gesprochen werden, aber vergeben tut der, dem etwas angetan wurde. Vergeben tut nicht der, der über den Dingen steht oder jenseits des Schmerzes seine Behausung hat.

**Anmerkung:**

Auszüge aus dem Gespräch zwischen Joachim Gauck und Dr. Helmut Herles.

## Evangelische Kirche und STASI

Armin Boyens

**Vor einem Jahr stand dieses Thema im Mittelpunkt des Interesses der Massenmedien. Ein wichtiger Auslöser für dieses Interesse: Am 1. Januar 1992 hatte die Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ - kurz Gauck-Behörde - ihre Tätigkeit begonnen. Gemäß Stasi-Unterlagen-Gesetz (STUG) vom 20. Dezember 1991 hatte sie ihre Akten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.**

Die ersten Opfer der STASI-Unterdrückung konnten ihre Akten einsehen. Was sie bei der Lektüre erfuhren, war nicht nur für die Betroffenen ein Schock. Der Umfang der Bespitzelung durch die STASI und die große Zahl ihrer inoffiziellen Mitarbeiter - IMs - in allen Bereichen der Gesellschaft übertraf die schlimmsten Befürchtungen. Die evangelische Kirche machte dabei keine Ausnahme. Nicht nur die Anzahl auch die Dienststellung von IMs in der Kirche, in Kirchenleitungen, Gemeinden und Gruppen löste Bestürzung und Empörung aus.

Eine Ende 1992 von Bürgerrechtlern und kirchlichen Mitarbeitern aus der ehemaligen DDR herausgegebene Dokumentation, die auf Aktenmaterial der Gauck-Behörde beruht, stellt fest: „Zeitweilig war jeder dritte leitende Protestant ein inoffizieller Geheim-

dienstler... In Halle (1982) war die Zahl der von der Stasi geführten Protestanten auf 24 IM auf dieser Synode mit rund 80 Teilnehmern angestiegen“. Die Studie kommt zu dem Schluß: „Das ganze Ausmaß der Verstrickung von Stasi und Kirche ist noch längst nicht auf dem Tisch. Etwa 3000 der gut 40 000 Kirchenangestellten waren als IM registriert“.

Daß die Massenmedien die Berichte über Bischöfe, Oberkirchenräte, Synodale und Pfarrer als STASI-Mitarbeiter und die Nachrichten aus dem Untersuchungsausschuß über die STASI-Verbindungen des ehemaligen Konsistorialpräsidenten und jetzigen brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe als Enthüllungen mit hohem Neuigkeitswert präsentierten, kann niemanden überraschen. Daß in ihren oft rasch zusammengestellten

Berichten den Journalisten, die nicht immer über die nötigen zeitgeschichtlichen Kenntnisse verfügten, auch Verzerrungen und Fehlurteile unterliefen, kann man ebenfalls verstehen.

## Wahrheit über eigene Vergangenheit herausfinden

Einem Eindruck, der in den Berichten der Massenmedien entstehen konnte, muß man allerdings entgegen treten, dem Eindruck nämlich, Synode und Leitungsgremien der EKD seien nicht daran interessiert, die Wahrheit über die eigene Vergangenheit herauszufinden. Der Beschluß der Synode der EKD in Suhl vom 1. – 6. November 1992 zur Stasi-Problematik besagt das Gegenteil. Hier einige wichtige Sätze aus diesem Beschluß: „Die Synode ist sich einig, daß die Klärung von Verstrickungen mit dem SED-Regime und im besonderen mit dem MfS (Ministerium für Staatssicherheit), die jetzt bekannt geworden sind und noch bekannt werden können, ohne falsche Rücksichten und ohne Rücksichtslosigkeit vollzogen werden muß... Dabei sollte gelten, daß Kontakte zum MfS nicht nachträglich als etwas Normales dargestellt werden dürfen; wer dennoch eigenmächtig Kontakte zum MfS unterhalten hat, und sei es in bester Absicht, muß sich jetzt der kritischen Überprüfung stellen“. Und sie wurde konkret und nahm billigend zur Kenntnis: „Dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR liegt eine Liste der Decknamen der inoffiziellen Mitarbeiter vor, die im kirchlichen Bereich tätig gewesen sein sollen.“

Der Rat der EKD hat dem Präsidenten des Kirchenamtes den Auftrag erteilt, dazu die Namen aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der EKD nachzureichen, um nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz feststellen zu lassen, ob sich unter den benannten Decknamen tatsächlich kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbergen. Gleiches soll nach dem Beschluß des Rates der EKD hinsichtlich einer einzureichenden Namensliste aller ab 1961 gewählten Ratsmitglieder gelten“.

Solche Überprüfungen brauchen ihre Zeit. Vor allem aber müssen sie begleitet sein von einer gründlichen Untersuchung des zeitgeschichtlichen Kontextes. Dazu müssen nicht nur die Akten des MfS, sondern auch die Akten der EKD und ihrer Landeskirchen den Zeithistorikern geöffnet werden. Die evangelischen Kirchen sind dazu

grundsätzlich bereit. Natürlich bedarf auch der Prozeß der Aktenaufbereitung einer gewissen Zeit.

Die staatlichen Archive der ehemaligen DDR haben auf Grund des geänderten Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992, das die 30-Jahre-Schutzfrist für die Unterlagen der SED und damit ihr „verbundenen Organisationen und juristischen Personen sowie Massenorganisationen der DDR“ aufhebt, einen Vorsprung gegenüber den kirchlichen Archiven. Das kann und muß sich bald ändern, wenn sich die Kirche der Hilfe der Zeithistoriker ernsthaft bedienen will. Die Zeithistoriker sind dazu bereit. Sie sind auch schon an der Arbeit.

## Sozialismus – System von Lüge und Gewalt

Was sie in der ehemaligen DDR vorfinden, kann man am besten mit einem Wort des russischen Dissidenten, des bekannten Dichters Alexander Solschenizyn so beschreiben: „Gewalt altert schnell, ein paar Jahre – schon ist sie ihrer selbst nicht mehr sicher, und um sich zu halten, um anständig auszusehen, ruft sie sich unweigerlich die Lüge zum Verbündeten. Denn Gewalt kann sich hinter nichts anderem verbergen als hinter der Lüge, und die Lüge kann sich nur durch Gewalt halten!“

Unter diesem System von Lüge und Gewalt, denn nichts anderes war der „real existierende Sozialismus“, haben die Kirchen in der DDR 40 Jahre lang leben und leiden müssen. Ein solches System verdirbt die Menschen, zerstört das lebensnotwendige Vertrauen in der Gesellschaft, läßt den Krebs des Mißtrauens wuchern, der alles zerfrißt.

Die evangelischen Bischöfe in der DDR sprachen 1968 vom „Sozialismus als einer Gestalt gerechteren Zusammenlebens“. Wie konnten sie sich so täuschen? Nur sie im Osten?

Und hier bei uns im Westen? – Der Historiker Peter Maser aus Münster hat kürzlich festgestellt: „Der Sozialismus »in den Farben der DDR« war, wie sich jetzt jeden Tag deutlicher herausstellt, ein System der Lebenslüge... Das eigentlich Schreckliche an den Lebenslügen der DDR und des sozialistischen Systems überhaupt war aber, daß sich ihrer nicht nur die Machthaber bedienten bei der Unterdrückung des Volkes, sondern daß diese Lügen gegen alle Realität auch von solchen Leuten ernstlich und mit

## Zur Vergangenheitsbewältigung

Es ist wünschenswert, daß die Täter ihre Schuld bekennen. Es ist verständlich, daß die Opfer das erwarten. Wir müssen uns aber auch klarmachen, daß es offenbar für viele eine Überforderung ist. Es ist recht leicht, sich von einer Handlung zu distanzieren, die man nicht gewollt hat. Wir sagen kurz „Entschuldigung“. Schwieriger wird es schon, sich von einer Handlung zu distanzieren, die man tatsächlich einmal gewollt hat, obwohl man wußte, daß sie eigentlich verkehrt ist. Noch schwerer muß es sein, sich von seinem jahrzehntelangen Denken und Handeln zu distanzieren, das zudem in einem Kollektiv beständig bestätigt und befestigt wurde. Was bleibt dann noch von mir übrig? Wer bin ich dann? Wir müssen anerkennen, daß die Forderung nach solch einem Schuldbekenntnis schnell eine Überforderung wird, wenn sie sich nicht an solch richtet, die zu Gott sagen können: „Du stellst meine unerkannte Schuld vor dein Angesicht“ (Psalm 90,8), die also durch Gottes Güte ihr Sein von ihrem Tun unterschieden wissen, was die Christen „Rechtfertigung aus Glauben und nicht aus Werken“ nennen.

Prof. Dr. Richard Schröder,  
1. 3. 1993

Anstrengung geglaubt oder doch zumindest schweigend akzeptiert wurden, die es hätten besser wissen können und müssen.

Der real existierende Sozialismus wurde in den Medien, der Politikwissenschaft, der Zeitgeschichte und nicht zuletzt auch in den evangelischen Kirchen in Deutschland so lange »schweigend geredet«, bis es fast allgemein als »germaßen unanständig angesehen wurde, dazu noch grundlegende Kritik anzumelden“. Bürger im Westen haben kein Privileg der Erkenntnis gegenüber ihren Mitbürgern im Osten Deutschlands, waren sie doch keineswegs klarblickender als diese.

Für kirchliche Zeithistoriker im Westen wie im Osten Deutschlands, die sich jetzt an die Arbeit machen, die gemeinsame deutsche Geschichte der Jahre seit 1945 zu erforschen, formuliert Peter Maser die Aufgabenstellung so: „Der kirchlichen Zeitgeschichte ist es jetzt aufgegeben, sich mit mindestens der Energie und kritischen Schärfe, die bisher auf die Epoche des Nationalsozialismus und des Kirchenkampfes verwandt wurde, der Zeit von 1945 bis 1990 zuzuwenden“.

Ann.: Dr. Armin Boyens ist Militärdekan a. D.



# Leidensgeschichte des Problems

Klaus Lefringhausen

Das Problem kam ins Krankenhaus. Dort wurde es nach allen Seiten gedreht und gewendet, mit Ultraschall durchschaut und auf bösartige Wucherungen untersucht.

Der Befund? Nur die üblichen Leiden der Zivilisation: mehr Tinte als Blut in den Adern, Blei an den Füßen, Dickleibigkeit, Verhärtungen sowie Sauerstoff- und Bewegungsmangel – kaum der Rede wert also.

Doch es schrie vor Schmerz, bis es auf der Couch des Psychiaters landete. Dieser versuchte erst eine zeitsparende Turbo-Lösung: Nimm Deine Couch und wandle! Doch das Problem rührte sich nicht.

Dann setzte er sich und nahm ihm seine Geschichte ab: Es war unter die Räuber gefallen.

Zuerst hatten sich katastrophelustige Journalisten über das wehrlose Problem hergemacht. Sie wollten es nachrichten, an ihm verbale Kunst aufhängen und, geplagt vom papierernen Fruchtbarkeitskult, sich in ihm vervielfältigen.

Kaum ließen sie ab, setzten Politiker das grausame Werk fort. Sie richteten es auf der Suche nach Millimetervorteilen im Kampf um die Gunst der Wähler taktisch zu.

Halbtot fiel es in die Hände der Verbände. Sie nutzten es bis zur Bewußtlosigkeit als Prellbock für ihre Machtspielen.

Dann kamen Gesellschaftsnörgler des Weges, fanden es, schnürten es mit anderen Problemen zusammen, bis es schmerzte, und weideten sich an seiner Unlösbarkeit.

Dann ergriffen es Aktionsgruppen, erklärten sich zu seinen Alleinbesitzern und machten das Problem zum Problemlöser von Identitätsproblemen.

Später machten Theologen das Problem kanzelfähig. Sie stellten es auf den Kopf und ließen es so im Raume stehen.

Nicht genug damit. Optimisten operierten an ihm herum, bis es fast schwerelos war.

Das gefiel der Wirtschaft. Sie verpackte es und machte es marktgängig.

Doch bald verlor es die neue Leichtigkeit des Seins. Es fiel Gutachtern in die Hände, die ihm wieder Gewicht gaben – wegen der Gebühren und ihrem wissenschaftlichen Ruf.

Dem Kirchentag kam es auf der Suche nach widerstandswürdigen Themen gerade recht. Er beleuchtete es von allen Seiten, bis sich sein matter Glanz in den Augen widerspiegelte.

Danach griff es die Synode auf, riß es an, ließ es wieder fallen und überwies es in ihre Denkschriftenfabrik.

## Neuer Anfang

Kein Problem wird gelöst,  
wenn wir träge darauf warten,  
das Gott allein  
sich darum kümmert.

*Martin Luther King*

Doch als die Kammern es in ihren Einigungszwang preßten, ließ das Problem seine Verpackung fahren und entschlüpfte.

So fanden es Sozialarbeiter. Weil jedoch die Jugend frustfrei aufzuwachsen habe, hielten sie seinen Anblick für jugendgefährdend und warfen es zum Sperrmüll.

Dort entdeckten es die Ökologen, zerrten es hervor und erklärten das Problem zur Krise.

Davon hörten Politiker. Ungeübt, destruktive Krisen in schöpferische umzuwandeln, machten sie die Krise unbesehen zur Katastrophe.

So wurde das Problem krankenhaushausreif. Als der Psychiater ihm seine Geschichte abgenommen hatte, löste es sich auf und ließ ihn mit seiner Couch allein. So entstand ein neues Problem.

**Ann.:** Dr. Klaus Lefringhausen war bis vor kurzem der Bonner Korrespondent des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes und ist heute Beauftragter des Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland für Ökumene und Wirtschaft

## Über den Gartenzaun hinaus

Burkhard Budde

Ein Kompaß ist für viele eine Hilfe, die außer Kurs geraten sind. Wüst und leer kann es in einem Menschen sein, der seinen eigenen Standort verloren hat. Viele sind ratlos und orientierungslos angesichts des allgemeinen Werteverfalls um sie herum. Immer mehr verwüsten ehemals verbindliche Grundwerte unserer Gesellschaft. Immer weniger Mitmenschen schauen über den Gartenzaun ihrer selbstgebastelten Lebensmoral hinaus. Geist, Denken und Gefühle geraten durcheinander, wenn das Palaver unverbindlich wird und Andersdenkende einfach an den Pranger gestellt werden.

Wer denkfaul und gleichgültig bleibt, sich in bequemen Betten eigener Lebensmodelle ausruht oder Scheuklappen trägt, geht auf Dauer in der Wüste des unterkühlten oder überhitzten Lebens zugrunde. Ethische Orientierungsverwirrung kann durch Gesetze, Programme und Appelle allein nicht überwunden werden. Der einzelne Mensch als wollende und erkennende Person ist herausgefordert. Gerade in der Vielfalt der Lebensbilder braucht er die Entdeckung des Leitbildes, das die Gesellschaft insgesamt bejaht, verteidigt und immer wieder neu anstrebt. Ohne die Einheit im Blick auf die Grundwerte gibt es keine Offenheit im Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft.

Der Kompaß des Glaubens an die persönliche Verantwortung des Menschen vor Gott als die für alle unbedingt geltende Autorität ist die Grundlage der Freiheit aller. Die menschliche Vernunft ist eine fragwürdige Alternative, da es auch eine lieblose Vernunft gibt. Der Kompaß der Gottesgewißheit ist nicht selbst der Weg; aber er gibt die Richtung an. Wenn einer dann zum Beispiel beginnt, den wüstenhaften Weg mit einem anderen Menschen zu teilen, wächst mitten oder am Rande der Wüste eine neue (Lebens-) Landschaft.

*Der Autor Burkhard Budde ist evangelischer Pfarrer in Spenge (Kreis Herford)*

# Büchermarkt

**Horst Petri: Umweltzerstörung und die seelische Entwicklung unserer Kinder, 220 Seiten, ISBN 3-268-00134-3, Kreuz Verlag, Stuttgart 1992**

Umweltschädliche Stoffe belasten den Körper unserer Kinder. Petri zeigt, daß unsere Verdrängung der Umweltprobleme ebenso großen Schaden in der kindlichen Seele anrichtet. Die Folgen sind Depression, Apatie und Gewalt. Notwendig ist das Gespräch mit unseren Kindern über Gefahren, die sie wie uns bedrohen. Wie das gelingt, lehrt dieses Buch.

Die Umweltzerstörung hinterläßt ihre Spuren nicht nur in unserem Körper und im Körper unserer Kinder. Sie hat auch seelische Folgen. Horst Petri trägt zum erstmalig systematisch zusammen, was wir über die Auswirkungen der an Zahl und Konzentration ständig zunehmenden, Mensch und Umwelt schädigenden Stoffe auf den kindlichen Organismus wissen. Vor allem aber analysiert er, wie unsere Kinder seelischen Schaden nehmen, wenn wir sie mit einer als bedrohlich erlebten Umwelt allein lassen. Petri geht der Frage nach, warum wir unsere eigenen Ängste verdrängen. Er enthüllt dabei eine spezifisch weibliche und männliche Problematik und macht deutlich, daß es diese Verdrängung ist, die unseren Kindern am meisten zu schaffen macht. Sie fühlen sich im Stich gelassen – verlassen, verraten und buchstäblich verkauft für den kurzfristigen Wohlstand der Eltern-Generation. Folge davon sind Todes- und Verlustängste, Apatie, Depression, aber auch Gewalt und Aggression. Werden unsere Kinder eines Tages uns nicht nur zur Rede stellen, sondern auch Rache nehmen?

Der Autor weist eindringlich darauf hin, daß eines am aller-notwendigsten ist: das Gespräch mit unseren Kindern über Gefahren, die sie wie uns bedrohen. Er zeigt, wie wir zu diesem Gespräch finden und ihm Taten folgen lassen können. Und er hilft dabei, die seelische Entwicklung unserer Kinder in einer immer gefährdeteren Welt zu begleiten und zu unterstützen.

**Peter Helbich (Hrsg.): Vertrauen im Widerstand, Texte zur Orientierung: Dietrich Bonhoeffer, GTB Siebenstern Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1993**

Die Briefe, Gedichte, Gebete und Niederschriften des Theologen Dietrich Bonhoeffer, der von den Nationalsozialisten ermordet wurde, zeigen den überzeugenden Versuch, ein glaubwürdiges christliches Leben in der modernen Welt zu führen. Bonhoeffer öffnete sich neuen theologischen Überlegungen, sah den Auftrag der christlichen Gemeinde, plädierte für eine weltoffenere Kirche und suchte die ökumenische Gemeinschaft.

Die Texte dieses Bandes stammen aus seinen Werken „Nachfolge“, „Ethik“, „Gemeinsames Leben“, „Das Gebetbuch der Bibel“ und den im Tegeler Gefängnis geschriebenen Briefen. In ihrer Klarheit geben die Texte Ermutigung und Trost. Die Ausstrahlung der Gedanken dieser starken Persönlichkeit sind eine Lebens- und Glaubenshilfe auch in unserer Zeit.

**Norbert Lammert (Hrsg.): „Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktorientierung – Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik“ - Nomos Verlag, Baden-Baden, 1992, 378 S.**

Die Bildungspolitik ist ein gesellschaftlich wichtiges Thema, gerade für die große Volkspartei CDU. Denn sie interessiert breite Kreise unserer Bevölkerung: Eltern und Großeltern, weil sie die Zukunft unserer Kinder maßgeblich beeinflusst, junge Menschen, denn die Qualität der Schulen und Hochschulen entscheidet über ihre beruflichen Perspektiven, Handwerk, Handel und Industrie, denn sie betrifft ganz erheblich die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschlands gerade angesichts der deutschen Einheit und des Europäischen Binnenmarktes 1993.

Dr. Norbert Lammert MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, hält es aufgrund der historischen Umbrüche für unabdingbar, daß

die Bildungspolitik in Deutschland eine neue Priorität gewinnen muß. Er hat die Bildungspolitik unserer Partei und Fachleute gebeten, die aktuellen Herausforderungen in der Bildungspolitik pointiert in Aufsätzen darzustellen. Der nun vorgelegte Aufsatzband gibt Auskunft darüber, wie eine zukunftsorientierte Bildung in einem hochtechnisierten Industriestaat organisiert und inhaltlich ausgestaltet sein muß. Die Autoren wollen klarstellen, daß Erziehung, Bildung und Ausbildung gleichermaßen wesentliche Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unser Bildungs- und Ausbildungssystem eine gesellschaftliche Funktion hat, die den wirtschaftlichen Standort und soziale Sicherung gewährleisten soll. Bildung dient nicht allein der Entfaltung der Person, sondern auch der Zukunftssicherung von Staat und Gesellschaft in Deutschland. Zur Sicherung des wirtschaftlichen Standortes Bundesrepublik Deutschland brauchen wir ein hohes Niveau von Forschung und Lehre sowie technisches Know How und handwerkliches Können. Diesen Ansprüchen muß ein zukunftsorientiertes Bildungssystem mehr als nur genügen.

Das Buch gliedert sich in sechs große Kapitel. In dem ersten werden die grundlegenden Aufgaben und Perspektiven der Bildungspolitik der nächsten Jahrzehnte skizziert. Daran schließen sich die Kapitel über Schule, Studium, berufliche Bildung und Weiterbildung sowie ein Bund-Länder-Kapitel an, in welchem auch der Bildungsföderalismus in Europa analysiert wird. Im Abschlußkapitel behandeln die Autoren „Forderungen und Förderungen zukünftiger Bildungspolitik“.



**Martin Kruse (Hrsg.): Die Stalingrad-Madonna, Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1993, 120 Seiten**

Das Buch will zur fünfzigjährigen Wiederkehr der Katastrophe von Stalingrad an die völkerversöhnende Bedeutung des Werks von Kurt Reuber erinnern. Das geschieht durch Aufsätze zur Person des Pfarrers, Arztes und Künstlers, ausgewählte Zeichnungen und Aquarelle, dazu Interviews und Berichte von Zeitzeugen.

## Jetzt bestellen:

Die neue Dokumentation des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU: „20 Bonner Theologische Gespräche (1989 – 1992)“ ist fertiggestellt und kann ab sofort bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle als Einzel exemplar kostenlos bestellt werden unter  
Telefon: 02 28/5 44-3 05

## Hinweis zum CDU-Grundsatzprogramm:

Der Diskussionsentwurf des neuen CDU-Grundsatzprogrammes liegt vor. Änderungsvorschläge schicken Sie bitte bis Mitte September 1993 an die CDU-Grundsatzprogrammkommission, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.



## Leserbrief

Betr.: Evangelische Verantwortung 2/93

„Mut zur Erziehung – Erziehung wozu?“

Dem Beitrag von Dr. Gölter ist uneingeschränkt zuzustimmen, sowohl in der Diagnose als auch in der Zielvorstellung. Jede Gesellschaft benötigt in der Tat einen Minimalkonsens an Werten. Daß sich die Wertvor-

stellungen in den letzten Jahrzehnten einschneidend verändert haben, ist offenkundig. Der Wurzeln sind viele. Immer aber ist der Mensch auch ein Produkt der Zeit und der Welt, in der er lebt. Hier stellen sich sehr kritische Fragen, auch an die Kirchen, aber auch an die CDU selbst.

Wilhelm Hennis hat die Auffassung vertreten, daß der vollversorgte Bürger, der vom Staat alles und von sich selber nichts verlangt, doch wohl ein küm-

merliches Ideal sei. Leider ist die Grundhaltung des Bürgers heute aber weithin so und nicht anders. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß auch die Politik der CDU – ob gewollt oder ungewollt – diese Entwicklung begünstigt hat.

Die These nur ärgerlich gewiss, wäre zwar menschlich verständlich, der Sache aber nicht dienlich.

Heute ist es allgemein üblich, sein Recht auf Selbstverwirkli-

chung einzufordern. Was ist eigentlich damit gemeint? Selbstverwirklichung droht zu einem Schlagwort, zu einer Worthölle zu werden. Ist damit gemeint, daß sich jeder ohne große Rücksichtnahme auf andere verwirklichen kann, daß er also tun und lassen darf, was er will? Ist es vielleicht die „Freiheit, die ich meine.“? Wo bleibt da der Bezug zur Solidarität, die doch so notwendig ist?

Ludwig Scheib

Mozartstr. 25, 6732 Edenkoben

## Aus unserer Arbeit

### Kirchensteuer für Soziales wichtig

**Erfurt.** Für einen Erhalt der Kirchensteuer spricht sich der Landesvorstand des EAK der CDU Thüringen aus. „Der EAK tritt allen Versuchen entgegen, die auf eine Abschaffung der Kirchensteuer hinzielen“, erklärten dazu die stellvertretenden EAK-Vorsitzenden Johanna Köhler und Pfarrer Artur Wild. Gerade im sozialen Bereich unterhalten die Kirchen zahlreiche notwendige Einrichtungen. Kindergärten, Altenheime und Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft deckten einen wesentlichen Teil des Bedarfs.

### Politiker sollten die Sorgen ernst nehmen

**Nagold.** Beim Vortragsabend des Evangelischen Arbeitskreises der CDU berichtete der ehemalige Abteilungsleiter im Arbeitsamt Nagold, **Helmut Bekker**, im Vortragssaal des neuen Berufsinformationszentrums über seine Erfahrungen bei der Aufbauarbeit im Arbeitsamt der Stadt Wittenberg.

Nach der Begrüßung und einer kurzen Einleitung durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises, **Ulrich Eißler**, gab Helmut Becker zunächst einen gedrängten aber aufschlußreichen Überblick über den geschichtlichen Werdegang der kulturell und wissenschaftlich bedeutenden Stadt.

Der Referent berichtete dann von seiner rund zweijährigen Tätigkeit in der Stadt ab Mai 1990. Er mußte die Personalein-

stellung im Arbeitsamt organisieren und Gespräche mit Kollegen über ihre Aufgabe führen. Ein besonderer Schwerpunkt lag von Anfang an bei der Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildungsstellen. Zahlreiche Konkurse von Firmen verringerten die Ausbildungsmöglichkeiten. Auch die Bezahlung der Ausbildung durch die Betriebe und nicht durch den Staat war für die neuen Länder ungewohnt. Die Trägerschaft der Berufsschulen mußte neu geregelt werden. Gespräche mit Schulleitern bis hin zum Bildungsministerium in Magdeburg waren notwendig.

...Nach einer Diskussion fragte Helmut Becker abschließend, was nun eigentlich zu tun sei. Es werde viel Geld und viel Geduld benötigt. Erst die junge Generation werde ganz in die drüben ungewohnte Marktwirtschaft mit der geforderten Eigeninitiative hineinwachsen. Unsere Verantwortlichen und Politiker sollten die Sorgen von drüben ernst nehmen, war die Schlußbemerkung des Referenten.

### Budde ist EAK-Vorsitzender

**Bielefeld.** Der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Ostwestfalen-Lippe hat mit **Burkhard Budde**, Pfarrer in Sprengel, einen neuen Bezirksvorsitzenden. Der 40jährige Budde löste **Angelika Schulze** aus Bielefeld ab. Wiedergewählt als stellvertretende Bezirksvorsitzende wurden **Herman Bückendorf** (Minden-Lübbecke) und **Helge Schilling** (Herford).

### EAK-Landesvorstand im Gespräch mit Dr. Werner Langen

Nach längerer Pause, bedingt durch den Wechsel im Landesvorstand der CDU Rheinland-Pfalz, kam es zu seinem ersten Gespräch des Landes-EAK mit Herrn Dr. **Werner Langen** MdL, Mainz.

Im Vordergrund standen sowohl weltanschaulich-gesellschaftspolitische Grundsatzfragen als auch Fragen der praktischen Arbeit des EAK in der Zukunft.

Zum Grundkurs der CDU merkte Herr Dr. Langen an, daß die Union auf dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes eine echte Alternative aufzuzeigen haben. In diesem Zusammenhang sei es auch sehr wichtig, den Bürger wieder zu mehr Selbstverantwortung anzuregen. Die Landesvorsitzende des EAK, Frau **Brigitte Schütze**, Koblenz, sprach sich dafür aus, von den zur Zeit noch bestehenden provisorischen Strukturen wegzukommen zu einem Landesvorstand, der durch eine ordentliche Delegiertenversammlung legitimiert sei. Ziel der zukünftigen Arbeit müsse es sein, in Rheinland-Pfalz flächendeckende EAK-Aktivitäten zu entfalten.

Im Rahmen des sehr freimütig geführten Meinungsaustausches wurde auch das Verhältnis zur Gesamtpartei ausgesprochen. So sei auf Dauer eine erfolgreiche EAK-Arbeit ohne nachhaltige finanzielle und organisatorische Unterstützung durch die Landesgeschäftsstelle nicht möglich. Gute Referenten seien z.B. nicht immer zum Nulltarif zu haben. Zum Inhalt der EAK-Arbeit meinte der Unterzeichner, es sei wichtig, Themen aufzuspüren, die der Bevölkerung

unter den Nägeln brennen, jedoch von den stark der Routine verfallenen Berufspolitikern häufig nicht wahrgenommen und deshalb vernachlässigt werden. (So z.B. das Thema New Age – Esoterik, Okkultismus, das unter Beteiligung des Generalsekretärs des CVJM, Pfarrer Parzany, einen Zulauf von 300 bis 400 meist jugendlichen Besuchern verzeichnen konnte.)

Herr Dr. Langen zeigte sich der Arbeit des EAK gegenüber außerordentlich aufgeschlossen und versprach für die Zukunft die Unterstützung der Gesamtpartei.

Dr. H. J. Fischbach

### Kontakte Kirche – Politik vertiefen

**Pinneberg.** Zu einem Informationsgespräch der Jungen Union und des EAK kam der Vorsitzende der Nordelbischen Kirchenleitung, der Bischof des Sprengels Holstein – Lübeck, **Kohlwage**, nach Pinneberg.

In der sehr lebhaften Diskussion ging es um die Zusammensetzung und die Aufgaben einer Synode, um die Bischofswahl, die Kritik der katholischen Kirche an der Wahl einer Bischöfin, die Ausweitung der Sekten, die anhaltenden Kirchenaustritte, um die Ostdenkschrift und um das Verhalten der evangelischen Kirche in der früheren DDR.

Neben der Erörterung dieser Themen hob Bischof Kohlwage hervor, daß ihm Gespräche mit Vertretern der politischen Parteien wichtig seien und drückte die Hoffnung aus, daß es in den Gemeinden zu umfassenden Kontakten der Gemeindepasto-



ren mit den Politikern kommen würde.

Der Evangelische Arbeitskreis im Kreis Pinneberg wird diese Anregung aufgreifen und in nächster Zeit solche Kontakte anbahnen.

**Gewalt gegen andere – Gewalt gegen sich selbst**

**Wiesbaden.** „Jeder hat die Pflicht, sich vor die zu stellen, die vom Terror der Straße bedroht werden“ sagte Bürgermeister **Hildebrand Diehl** in seinen



**„In der Gesellschaft fehlt der Konsens über die Grundwerte“**

eingführenden Worten. Der Arbeitskreis Kirchen des CDU-Kreisverbands Wiesbaden hatte zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Gewalt gegen andere – Gewalt gegen sich selbst“ eingeladen und dafür zwei erstrangige Referenten gewinnen können: Professor Dr. **Edwin Kube**, Kriminalistisches Institut des Bundeskriminalamts, und **Werner Rothenberger**, Staatliches Schulamt Frankfurt am Main, zuständig für Suchtprävention.

Kube berichtete, daß die Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik schon 1991 um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen hatte. Noch steiler stieg 1992 die Anzahl der Gewalttaten gegen Ausländer an.

Rothenberger sprach über seine Erfahrungen im Schulalltag. Die Gewalt unter Heranwachsenden beginne mit dem Ausnutzen der Schwäche von Mitschülern. Demutshandlungen würden erzwungen und Schutzgelder erpreßt. Über den Raub von Kleidungsstücken steigerte sich die Gewalt zu Körperverletzungen.

**Dem Frieden dienen – Ethische Aspekte einer neuen Sicherheitspolitik**

**Bonn.** Der Planungschef von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle, Vizeadmiral **Ulrich Weisser**, läßt keinen Zweifel aufkommen: „Die Geduld der Verbündeten geht zu Ende.“ Gemeint ist der Bonner Parteienstreit über den Einsatz der Bundeswehrsoldaten in internationalen Konflikten, für den der starke Mann auf der Hardthöhe nur wenig Verständnis aufbringt. Schließlich habe Deutschland 40 Jahre seitens

des Westens militärische Solidarität erfahren und dürfe sich nun nicht davonstehlen, wenn es um Hilfe zur Herstellung des Friedens gebeten werden.

Unterstützung findet Weisser auf dem Forum „Ethische Aspekte einer neuen Sicherheitspolitik“, zu dem der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU eingeladen hat, beim außenpolitischen Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, **Karl Lamers**: „Wir sind völlig ungeeignet, anderen gute Ratschläge zu erteilen, so lange wir abseits stehen.“ Er will den nicht zuletzt in Frankreich erhobenen Vorwurf nicht mehr länger hören: „Die Deutschen zahlen mit dem Scheck, wir aber mit dem Leben.“

Für die EAK-Vorsitzende, Bundesministerin **Angela Merkel**, hat sich durch die deutsche Einheit jede Sonderaußenpolitik überlebt. „Durch Ausweichen in formale Argumente werden wir als Politiker in diesem Streit nicht bestehen.“

Aber es geht nicht nur um die Politiker, sondern auch um die Bevölkerung, die auf einen sol-

chen Einsatz ihrer Soldaten noch gar nicht vorbereitet ist. Militärgeneraldekan **Johannes Ottemeyer** spricht von einer „moralischen Unruhe“, die die Bundeswehr längst bei dieser Frage erfaßt habe und vor der er „hohen Respekt“ hat. Die Soldaten wollen wissen, ob ihr Einsatz Sinn macht, sagt Ottemeyer, der kürzlich sowohl bei den deutschen Blauhelmen in Kambodscha als auch bei den Piloten war, die vom kenianischen Mombasa aus Hilfsgüter nach Somalia fliegen.

Das Bundeswehr-Hospital in Kambodscha, das verwundete und erkrankte Soldaten aus 30 Nationen versorgt, ist aus der Sicht des Militärgeneraldekans ein für die Welt „nicht zu unterschätzendes Signal“: „Aber man kommt ins Grübeln, wenn fremde Soldaten dieses Hospital bewachen.“ Bislang ist deutschen Blauhelmen ausschließlich humanitäre Hilfe erlaubt. So der interne Kompromiß der Regierung mit der Opposition.

Kritisch bleibt der ostdeutsche Pfarrer **Axel Noack**, der auch dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angehört. Aus seiner Sicht kann nicht nur nach der Verantwortung eines möglichen Bundeswehreinsetzes außerhalb der Nato gefragt werden, sondern es muß auch die Frage des Glaubensgehorsams gestellt werden. Anders ausgedrückt: es wird zu schnell mit dem guten Zweck argumentiert, der jedem einsichtig sein müsse.

Für Vizeadmiral Weisser ist es unabdingbar, der deutschen Bevölkerung endlich deutlich zu machen, „was auf uns zukommt“. Unter Umständen eine Bundeswehr, die die Rolle einer Feuerwehr für alle Konflikte einnimmt? Weisser verkennt dieses Problem nicht und schränkt deshalb ein, daß Vereinte Nationen, Nato oder Westeuropäische Union es schon sein müssen, die einen solchen Einsatz anfordern. Außerdem besteht Einigkeit, daß der Soldat ein Recht auf eine klare gesetzliche Regelung hat. Also muß der Bundestag endlich für ein Ende der vielen Unsicherheiten sorgen, die auch dieses EAK-Forum nur andeuten, aber nicht lösen konnte.

**Worin wurzelt eigentlich die allgemeine Verdrossenheit?**

**Gießen.** Politikverdrossenheit – Politikerverdrossenheit – Parteienverdrossenheit? Verdrossenheit allerorten – auch in und an der Kirche. Woher rührt diese Entscheidung, was ist dagegen zu tun? Hochaktuelle Fragen, die der Evangelische Arbeitskreis des CDU-Kreisverbandes Gießen (EAK) unter Leitung seines Gießener Kreisvorsitzenden **Klaus Frommelt** bei einem Forum „Warnsignal: Verdrossenheit“ beherzt und unerschrocken aufgriff.

Aus der Sicht der evangelischen Kirche nahm deren Dekanatsbeauftragter für Öffentlichkeitsarbeit, Pfarrer **Hartmut Schulz** (Gießen), aus sozialistischer Sicht Dr. **Barbara Watz** (Wettenberg) und aus der Position der Kommunalpolitik Laubachs Bürgermeister **Claus Spandau** Stellung. Dabei und aus den folgenden erfreulich sachlichen Diskussionsbeiträgen ergaben sich, wie abschließend der Moderator, AZ-Redakteur **Götz Diehm**, zusammenfaßte, eine ganze Reihe von Denkanstößen. Zwar habe man beim gemeinsamen Nachdenken kein allgemeines Patentrezept gefunden, doch habe sich der Eindruck gefestigt, daß jeder einzelne jeweils im eigenen Lebensbereich gegen negative Erscheinungen angehen und Position beziehen könne. In diesem Sinne dürfe der Abend als Bereicherung empfunden werden.

**Zusammenarbeit Kirche – Politik fordern**

**Hannover.** „Der Kirche steht der Wind ins Gesicht“ - obwohl z.B. die Hannoversche Landeskirche ein hohes soziales Engagement zeigt, sich sehr vielfältig in die öffentliche Diskussion einbringt, die Zahl ihrer Mitarbeiter in den vergangenen Jahren um 50 % auf jetzt 20.000 erhöht hat.

So äußerte sich der neue Beauftragte der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, **Oberlandeskirchenrat Ernst Kampermann**, vor der Landtagsfraktion und dem EAK-Landesvorstand.



Der Evangelische Arbeitskreis in der CDU/CSU hatte eingeladen, und der Landesvorsitzende **Gustav Isernhagen**, MdL, konnte neben Kampermann und Fraktionsvorsitzenden **Jürgen Gansäuer** den Geschäftsführer der Konföderation, **Oberlandeskirchenrat Behrens**, und weitere Teilnehmer zu einem ersten gegenseitigen Kennenlernen begrüßen.

In dem offenen und sehr vertrauensvollen Gespräch entdeckten Kirchen- und CDU-Vertreter schnell auch gemeinsame Gegner: „Individualisierung“, „Wertewandel“, „Orientierungslosigkeit“ waren Stichwörter, denen sich beide Seiten zu stellen haben.

Das nun schon seit einigen Jahren regelmäßig vom EAK angebotene Gespräch Kirche – CDU soll fortgesetzt und intensiviert werden. Gustav Isernhagen stellte mit einiger Befriedigung fest, man höre aufeinander, habe zunehmend voneinander gelernt und freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Kampermann.

#### Mehr auf christliche Werte besinnen

**Marbach.** Der Kreisverband Ludwigsburg des Evangelischen Arbeitskreises der CDU führte am Dienstag im Turnerheim Marbach einen Vortrags- und Diskussionsabend zur Verantwortung evangelischer Christen in aktuellen politischen Fragen durch, der sehr gut besucht war. Als Referent hatte sich Landtagspräsident a. D. **Erich Schneider**, Mitglied des Landesvorstandes des EAK, zur Verfügung gestellt, nachdem die Bundestagsabgeordnete, Dr. Renate Hellwig, kurzfristig hatte absagen müssen.

Erich Schneider rief in seinem Einführungsreferat – ausgehend von der Werteskala – alle Christen dazu auf, sich der verfassungsmäßigen Erziehungsziele wie Ehrfurcht vor Gott, Nächstenliebe, Friedensliebe wieder stärker bewußt zu werden und diese auch in ihr Handeln umzusetzen. Nicht zuletzt gelte das für den politischen Bereich, in dem christliche Werte zunehmend in den Hintergrund gerieten und zugunsten einer religiös indifferenten, multikulturellen

Gesellschaft. Die Ursachen hierfür sieht Schneider darin, daß sich Christen auch in der Politik kaum noch zu ihrem Glauben bekennen.

Zur Verantwortung aller Christen – und dabei wurde die ökumenische Dimension mehrfach ausgesprochen – in aktuellen politischen Fragen gehöre eben nicht nur Sachkunde, persönliches Engagement und sicherlich viel Geld, sondern auch viel Liebe. Und dieses christliche Liebesgebot gelte für alle Lebensbereiche: für den Umgang mit Fremden wie auch für Pflegeversicherung, Wohnungsnot, Aids, Drogenprobleme und viele weitere zur Zeit noch ungeklärte Fragen in unserer Gesellschaft.

Die Christen hätten hier den Auftrag, Werte zu vermitteln und Toleranz zu üben, ohne sich selbst ganz aufzugeben. Ohne christliche Werte könne kein gutes Europa entstehen.

#### Menschenrechte und Bibel

**Marburg.** „Die Menschenrechte und die Bibel“ war das Thema einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, mit dem der Evangelische Arbeitskreis der CDU Marburg-Biedenkopf seinen Beitrag zum „Jahr mit der Bibel“ leistete.

Als einen entscheidenden politischen Faktor in unserer Zeit bezeichnete der Referent, der Theologieprofessor **Dr. Ulrich Luck** aus Kiel, Menschenrechte, die in der europäischen Aufklärung als Anspruch nicht nur gegen einen allmächtigen Staat, sondern auch gegen die Kirche als Institution herausgebildet wurden. Es könne aber nicht übersehen werden, daß die Menschenrechte im 18. Jahrhundert von Menschen formuliert wurden, die durch das Christentum geprägt und motiviert waren und nicht im Widerspruch zum christlichen Glauben standen. Gleichwohl könne die Menschenrechtsproblematik nicht unmittelbar biblisch begründet werden.

Der Bibel gehe es wie den Menschenrechtserklärungen um die Gerechtigkeit, in der die Welt als Ganzes heil wird und in die Ordnung kommt, in der jedem Menschen sein Recht widerfährt.

#### Radikalismus ist für keinen Beteiligten eine Lösung

**Jeßnitz.** „Als der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Sachsen-Anhalt das Thema für die Podiumsdiskussion mit Innenminister **Hartmut Perschau** festlegte“, so die Jeßnitzer Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, **Gisela Schütze-Freysleben**, „konnte keiner ahnen, wie aktuell es heute sein würde.“ Kaum ein Thema bewege derzeit die Gemüter so wie die Asylproblematik in Deutschland. Schreckensbilder aus Hoyerswerda, Rostock oder dem nahegelegenen Quedlinburg gingen um die Welt und schockierten nicht nur die Menschen außerhalb unseres Landes. Die Politiker seien gefragt, Forderungen nach endlich greifenden Lösungen würden immer stärker, so die Meinungen.

Es waren aber nicht nur Jeßnitzer gekommen, um über ihre Erfahrungen und Probleme mit hier lebenden Ausländern zu diskutieren. „Als man uns damals über die Errichtung einer Asylbewerbersammelunterkunft zwischen Retzau und Möhlau in Kenntnis setzte“, so **Brigitte Heinze** von der Möhlauer Bürgerinitiative, „wurden all unsere Bedenken in den Wind geschlagen. Versprechungen wurden gemacht. Eine Polizeistation sollte in Möhlau eingerichtet werden. Auf die und vieles andere warten wir noch heute. Unsere Menschen haben Angst.“ Viele der Befürchtungen hätten sich bewahrheitet. Diebstähle, Verschmutzungen und Hausfriedensbrüche – ausschließlich durch die zahlreichen im Heim lebenden Romas beangeneht – stünden auf der Tagesordnung. Die Polizeistation im abseits gelegenen Asylbewerberheim seien für die Möhlauer kein Ansprechpartner und gelegentlich durch den Ort fahrende Streifenwagen kein ausreichender Schutz. „Wir wollen die versprochene Polizeistation direkt im Ort“, so die Forderung der Möhlauer. Und Minister Perschau erklärte, sich für die Station einzusetzen.

#### Den Blick für Osteuropa schärfen

**Barkhausen.** Der Vollzug der deutschen Einheit ist nur ein Vorspiel dessen, worauf wir uns europaweit einzustellen haben, analysierte jetzt **Christine Lieberknecht**, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Thüringen.

Der evangelische Arbeitskreis des CDU-Kreisverbandes Minden-Lübbecke hatte die Referentin zu dem Thema „Die neuen Länder als Mittler zwischen Osten und West – Fiktion oder Herausforderung?“ eingeladen.

Man dürfe nicht nach einfachen Lösungen suchen, meinte die Ministerin; angesichts der veränderten Landkarte in Mittel- und Osteuropa böten die neuen Länder jedoch Möglichkeiten des Brückenschlages. Mit den Staaten des früheren Ostblocks verbände sie nicht nur die Erfahrung von 40 Jahren Sozialismus, sondern auch zahlreiche daraus entstandene Beziehungen und gemeinsame Erfahrungen beim Prozeß der nationalen Selbstfindung. Hieran müsse angeknüpft werden.

Zunächst jedoch müsse sich die West-Fixierung der neuen Länder normalisieren, bevor der Blick nach Osten geschärft werden könne. Erst wenn Europa mitteleuropäisiert werde und zu seinen Traditionen zurückfände, zitierte die Referentin den Ungarn György Konrad, könne es wieder zu sich selbst finden. Für die alte Bundesrepublik sei Woodstock und New Orleans immer näher gewesen als Teile der osteuropäischen Kultur.

#### Neuwahlen

**München.** Der EAK-Bezirksverband Oberbayern hat auf seiner letzten Versammlung für weitere zwei Jahre Rechtsanwalt **Rolf Picker** einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Als Stellvertreter wurden gewählt: **Christina Rösler** und **Manfred Schmidt**.

Beisitzer sind: **Werner Adolph**, **Erna Andörfer**, **Christian Kopp**, **Nika Prinzessin zur Lippe**, **Hans Jochen Niescher**, **Guido Nörtemann**, **Heinz Roethig**, **Gisela Vasatko**, **Matthias Vieweger**, **Klaus Zickenheiner**.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Dr. Angela Merkel, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 20,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

## Aus dem Inhalt:

Wozu brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm?	1
Das „C“ im Namen unserer Partei	3
Versöhnung von Widersprüchen – Anmerkungen zum Thema „Gerechtigkeit“	4
„Der schwierige Weg von der Wahrheit zur Versöhnung“	6
Evangelische Kirche und Stasi	9
„Leidensgeschichte des Problems“	11
Büchermarkt	12
Aus unserer Arbeit	13

## Unsere Autoren:

Albrecht Martin  
Hugo-Reich-Str. 10  
6550 Bad Kreuznach

Dieter Hackler  
Kennedyallee 105-107  
5300 Bonn 2

Dr. Angela Merkel  
EAK-Bundesvorsitzende  
Konrad-Adenauer-Haus  
5300 Bonn 1

Pfarrer Joachim Gauck  
Glinkastr. 35  
O-1086 Berlin

Dr. Armin Boyens  
Auf dem Äckerchen 74  
5307 Wachtberg

100% Altpapier  
chlorfrei hergestellt

## Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU traf sich am 12./13. März 1993 zu seiner jährlichen Klausurtagung im thüringischen Schwarzburg.

Unter Vorsitz von Bundesministerin **Dr. Angela Merkel** diskutierten die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Vorsitzenden der Landesverbände die Entwürfe der neuen Grundsatzprogramme von CDU und CSU.

In der **Programmdiskussion** standen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Welche Rolle spielt das christliche Menschenbild in unseren Parteiprogrammen?
- Welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten hat der Staat in unserer Gesellschaft, was bedeutet das Subsidiaritätsprinzip heute?
- Wie kann es gelingen, einen Wertekonsens in einer Gesellschaft zu erhalten, die durch zunehmende Individualisierung gekennzeichnet ist?

Der EAK tritt dafür ein, daß eine neue Wertediskussion in Gang kommt. In der Bundesrepublik Deutschland war die Entwicklung durch dauerhaften Zuwachs des Wohlstandes gekennzeichnet. Gleichzeitig sind Gemeinwohl und Solidarität mit Schwächeren mehr und mehr verlorengegangen sind. Gerade Jugendliche spüren, daß materielle Zuwächse nicht sinnstiftend sind. Die wachsende ethische Verunsicherung macht verführbar. Die Folgen sind Hinwendung zu extremen Gruppierungen oder Flucht in Drogen und Sekten.

An der **Erarbeitung eines neuen Wertebewußtseins** müssen sich alle gesellschaftlichen Gruppierungen beteiligen. Besonders gefordert sind Kirchen und Schulen als Träger von Bildung und Erziehung. Insbesondere die Schulen müssen sich wieder stärker ihres erzieherischen Auftrages bewußt sein. Der EAK setzt sich nachdrücklich für den konfessionellen **Religionsunterricht** ein, der jungen Menschen wesentlich Orientierung in ethischen Fragestellungen vermitteln kann. Wir sind für die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur um ein Schuljahr unter der Voraussetzung, daß die Qualität des Unterrichtes nicht darunter leidet.

Der EAK lädt erneut die Kirchen ein, sich an der notwendigen Wertediskussion zu beteiligen. Mit Recht haben in diesen Tagen führende Vertreter der Kirchen betont, daß es bei den Verhandlungen zum **Solidarpakt** nicht nur um finanzielle Regelungen gehen kann. Die angeblich fehlende „geistig-moralische Dimension“ anzumahnen, statt sie selbstbewußt einzubringen, ist noch kein Beitrag zur Stärkung des Gemeinns. Der Auftrag der Kirchen für die Menschen gerade in den neuen Bundesländern liegt auf diesem Gebiet.